

# Stenographischer Bericht

über die

## Verhandlungen des Bayerischen Landtags

### Ein hundred neunzehnte öffentliche Sitzung

Nr. 119

Freitag, den 22. Juli 1949

IV. Band

Geschäftliches . . . . . Seite  
545, 568, 569, 573

**Interpellation der Abgeordneten Dr. Beck, Hagen Georg, Marg und Genossen betreffend Bestrafung von Schulversäumnissen (Beilage 2767).** Redner:

Dr. Beck (SPD) . . . . . 545, 546  
Dr. Stang (CSU) [zur Geschäftsordnung] . . . . . 546  
Staatsminister Dr. Müller . . . . . 546—547

**Interpellation der Abgeordneten Stock und Genossen betreffend Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Bayern (Beilage 2715).** Redner:

Stock (SPD) . . . . . 547  
Stellvertretender Ministerpräsident Dr. Müller . . . . . 547, 550—557  
Dr. Hille (SPD) . . . . . 547—550  
Drechsel (SPD) . . . . . 557—562  
Treppe (CSU) . . . . . 563—564

**Bemerkungen zur Erledigung der Tagesordnung und Festlegung des Termins der nächsten Sitzungen.** Redner:

Zietsch (SPD) [zur Geschäftsordnung] . . . . . 565  
Dr. Stang (CSU) [zur Geschäftsordnung] . . . . . 565  
Dr. Hundhammer (CSU) [z. Geschäftsordnung] . . . . . 565  
Dr. Linnert (SPD) [zur Geschäftsordnung] . . . . . 565  
Brunner (SPD) [zur Geschäftsordnung] . . . . . 565  
Wilhelm (SPD) . . . . . 565—568

**Bemerkung des Abgeordneten Schmid Karl zur Besichtigung der Handwerksmesse** 568

**Bekanntgabe einer Änderung in der Zusammenfassung des für die Parlamentsferien eingesetzten Zwischenausschusses** . . . . . 568

**Fortsetzung der Aussprache zur Interpellation über die Arbeitslosigkeit (Beilage 2715).** Redner:

Dr. Kroll (CSU) . . . . . 569—571  
Piehler (SPD) . . . . . 571—572  
Dr. Beck (SPD) . . . . . 572—573  
Dr. Stang (CSU) . . . . . 573

(Die Sitzung wird vertagt.)

Die Sitzung wird um 9 Uhr 7 Minuten durch den I. Vizepräsidenten Hagen Georg eröffnet.

**I. Vizepräsident:** Die 119. öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags ist eröffnet.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt bzw. beurlaubt die Abgeordneten Bauer Hansheinz, Baumeister, Behrisch, Centmayer, Dr. Dehler, Eder, Hagen Lorenz, Herrmann, Körner, Dr. Korff, Krempf, Laumer, Mack, Müffel, Prüschenk, Riedmiller, Dr. Rindt, Sauer und Dr. Wittmann.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe auf:

**Interpellation Dr. Beck, Hagen Georg, Marg und Genossen betreffend Bestrafung von Schulversäumnissen (Beilage 2767).**

Die Interpellation verliest der Herr Abgeordnete Dr. Beck. Der Herr Justizminister hat soeben mitgeteilt, daß er bereit ist, die Interpellation sofort zu beantworten. Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Dr. Beck das Wort:

**Dr. Beck (SPD):** Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Die Interpellation lautet: In der Münchner „Abendzeitung“ vom 20. Juli 1949 wird in einem „Brief an die Lokalredaktion“ behauptet, daß ein 15jähriges Mädchen wegen Schulversäumnissen mit 2 Tagen Freiheitsarrest bestraft wurde und diese Strafe unter empörenden Umständen im Gefängnis Stadelheim verbüßen mußte.

Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um derartige Vorkommnisse in aller Zukunft zu verhindern?

**I. Vizepräsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Beck wird nunmehr die Interpellation begründen.

(Zuruf: Wird die Interpellation von der Staatsregierung sofort beantwortet?)

— Ich habe vorhin schon erklärt, daß der Herr Justizminister mitgeteilt hat, er sei zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

(Dr. Stang: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Stang das Wort.

**Dr. Stang (CSU):** Meine Damen und Herren! Ich bin schon der Meinung, daß die in der Geschäftsordnung vorgeschriebenen und in früherer langjähriger Übung gepflogenen feierlichen Formen bei Interpellationen eingehalten werden sollten.

**I. Vizepräsident:** Ich frage also den Herrn Justizminister, ob er bereit ist, die Interpellation sofort zu beantworten.

**Staatsminister Dr. Müller:** Ich bin bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

**I. Vizepräsident:** Dann bitte ich den Herrn Abgeordneten Dr. Beck, die Interpellation zu begründen.

**Dr. Beck (SPD):** Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wir haben vor kurzem das Gesetz über Abminderung der Schulversummisse verabschiedet. Im Ausschuß waren wir uns darüber klar, daß die im alten Gesetz vorgesehene Gefängnisstrafe in Zukunft nicht mehr angewandt werden soll. Zunächst wollten wir von einer Gefängnisstrafe überhaupt absehen. Da aber heute tatsächlich in einem Teil der Fälle die einfachen Schulzuchtmittel nicht mehr genügen, haben wir uns entschlossen, einem Jugendarrest unsere Zustimmung zu geben. Wir waren aber überzeugt, daß dieser Jugendarrest niemals in einem gewöhnlichen Gefängnis abgeessen werden müßte. Welch verheerenden seelischen Eindruck es auf ein 15jähriges Mädchen machen muß, in das Gefängnis Stadelheim hinausgeführt zu werden und dort die Zellentüre hinter sich schließen zu hören, darüber dürfte es in diesem Hause keine verschiedene Meinung geben. Ich beanstande nicht, daß überhaupt Arrest in bestimmten Fällen ausgesprochen wird; was ich aber auf das schärfste beanstandet muß, ist, daß ein solcher Arrest, noch dazu verbunden mit einer körperlichen Untersuchung, in einem ordentlichen Strafgefängnis abgeessen wird.

**I. Vizepräsident:** Zur Beantwortung der Interpellation hat der Herr Staatsminister der Justiz Dr. Müller das Wort.

**Staatsminister Dr. Müller:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich bin dankbar dafür, daß diese Interpellation eingebracht wurde, ebenso wie ich dankbar dafür bin, daß der Tatbestand von der Presse mitgeteilt wurde. Dadurch ist mir nämlich Gelegenheit gegeben, nicht nur dazu Stellung zu nehmen, sondern auch Abhilfe bei Zuständen innerhalb der Rechtspraxis zu schaffen, die ich selbst nicht billige.

Das Reichsjugendgerichtsgesetz ist in einzelnen Teilen vom Kontrollrat als noch gültig anerkannt. Aufgehoben sind die Bestimmungen nationalsozialistischen Charakters. Soweit uns bekannt ist, beabsichtigt der Kontrollrat eine Neufassung des Jugendgerichtsgesetzes.

Nach den noch gültigen Bestimmungen des Reichsjugendgerichtsgesetzes kann gegen Jugendliche durch das Jugendgericht Jugendarrest in der Form des Dauer-, Freizeit- oder Kurzarrests als sogenanntes Zuchtmittel verhängt werden. Die Entscheidung über die Anordnung dieser Maßnahmen obliegt dem jeweils örtlich zuständigen Jugendgericht.

Der Freizeitarrrest wird nach den Vorschriften des Reichsjugendgerichtsgesetzes in Jugendarrestanstalten oder Freizeitarrsträumen der Justizverwaltung vollzogen. In Orten, in denen die Gerichts-

gefängnisse für die Einrichtung von Jugendarresträumen nicht geeignet sind, wurde bisher der Freizeitarrrest in den Amtsgerichtsgebäuden in besonders eingerichteten Arrsträumen vollzogen. In München wurde der Kurzarrest für männliche Jugendliche in einer Sonderabteilung des Jugendgefängnisses an der Corneliusstraße und für weibliche Jugendliche in besonderen Arrsträumen der Frauenabteilung Stadelheim vollzogen. Die Räume, in denen der Kurzarrest an jugendlichen vollzogen wird, sind von den übrigen Zellen vollständig getrennt. Die Unterbringung und Verpflegung der jugendlichen Arrestanten erfolgt gesondert von den übrigen Gefangenen.

Mit Schreiben vom 13. Juni 1949 an den Herrn Ministerpräsidenten hat die Militärregierung den Vollzug des Wochenendarrestes außerhalb von Strafanstalten in einigen Fällen beanstandet, weil der Vollzug in anderen Gebäuden den Vorschriften über den Wochenendarrest jugendlicher vom 12. Februar 1948 und 16. Juni 1948 widersprechen würde. Bei dieser Beanstandung hat die Militärregierung auch ausgeführt, daß die Praxis des Vollzugs des Wochenendarrestes außerhalb der Strafanstalten gegen die Direktive Nr. 19 der alliierten Kontrollbehörden verstoßen würde. Diese Richtlinien Nr. 19 schreiben vor, daß alle Freiheitsstrafen und jeder sonstige Entzug der Freiheit durch richterliche Anordnung nur in den Vollzugsanstalten der Justiz vollzogen werden dürfen und der Vollzug der Aufsicht des Direktors des Gefängniswesens unterstehen muß.

Das Bayerische Staatsministerium der Justiz hat mit den zuständigen Vertretern der Militärregierung wegen der genannten Beanstandungen Verhandlungen aufgenommen und erreicht, daß die Militärregierung eventuell bereit ist, den Vollzug des Wochenendarrestes in Gerichtsgebäuden weiterhin zu genehmigen, wenn eine vorherige Überprüfung der Aufsichtspersonen und der Räumlichkeiten, in denen der Wochenendarrest vollzogen werden soll, die Garantie für einen ordnungsgemäßen Vollzug gibt. Die Oberlandesgerichtspräsidenten sind bereits mit der Überprüfung der weiteren Möglichkeiten des Vollzugs des Wochenendarrestes in Gerichtsgebäuden außerhalb der Strafanstalten und Gefängnisse betraut. Die Berichte stehen noch aus.

Der Vollzug des Wochenendarrestes in den Jugendarrestanstalten, in denen der Dauerarrest vollzogen wird, ist aus Gründen der Kosten- und Zeiterparnis nicht möglich, da die einzelnen Jugendarrestanstalten vom Wohnsitz der Jugendlichen meist zu weit entfernt sind. Die nächste Jugendarrestanstalt für München befindet sich für männliche Jugendliche in Günzburg und für weibliche Jugendliche in Rothensfeld.

Der in der Münchner „Abendzeitung“ vom 20. Juli 1949 erwähnte Einzelfall betrifft offenbar die Schülerin Eva Maria Stangl, geb. am 7. September 1933. Sie wurde durch das Jugendgericht München wegen einer fortgesetzten Übertretung des Schulversummisse nach § 14 des Reichsschulpflichtgesetzes zu zwei Freizeitarrresten verurteilt. In der Zeit vom 2. Juli 1949 bis 4. Juli 1949 und vom 9. Juli bis 11. Juli 1949 wurde dieser Wochenendarrest in den Sonderräumen der weiblichen Abteilung in Stadelheim vollzogen.

Aus den Urteilsgründen geht hervor, daß diese Schülerin geständig war, an mindestens 28 Halbtagen

(Staatsminister Dr. Müller)

den Schulunterricht nicht besucht zu haben. Dabei wurde festgestellt, daß sie von der Schule mehrmals eindringlich auf ihre Schulpflicht hingewiesen wurde und auch durch eine am 25. Dezember 1948 erfolgte polizeiliche Vorführung nicht zu einem regelmäßigen Schulbesuch veranlaßt werden konnte.

Vom Jugendgericht in München wurden, um einen Überblick zu geben, in der Zeit vom 1. Januar 1949 bis 30. Juni 1949 folgende Jugendarreststrafen ausgesprochen:

gegen männliche Jugendliche:

179 Freizeitarreste (bei 61 Jugendlichen),  
383 Wochenendarreste (bei 132 Jugendlichen);

gegen weibliche Jugendliche:

60 Freizeitarreste (bei 24 Jugendlichen),  
71 Wochenendarreste (bei 24 Jugendlichen).

Die Mehrzahl der Verurteilungen zu Jugendarresten erfolgte wegen krimineller Taten und nach Erschöpfung aller zulässigen Erziehungsmittel. In Stadelheim wurden in letzter Zeit nur zwei Wochenendarreste wegen fortgesetzter Schulversäumnisse vollzogen.

Nach dieser offiziellen Erklärung meines Ministeriums darf ich persönlich dazu noch eine Bemerkung machen. Ich bin der Auffassung, daß es nicht der Erziehung der Jugendlichen dient, wenn sie in solcher Weise abgeschreckt werden, wie es geschieht, wenn eine Jugendliche in diesem Alter, und mag sie auch 28mal in der Schule gefehlt haben, in eine Gefängniszelle gebracht wird. Nur derjenige, der selbst im Gefängnis war, weiß, was es bedeutet, wenn hinter ihm die Türe zugeschlagen und der Schlüssel umgedreht wird. Dieses Erlebnis wirkt auf einen Erwachsenen so, daß jeder sagen wird: Die erste Nacht im Gefängnis ist die schlimmste während der ganzen Gefängniszeit, auch wenn man nachher noch so schwere Stunden durchmachen muß. Aus diesem Grunde werde ich, wenn Sie von der Volksvertretung aus nicht eine andere Meinung vertreten sollten, die Anweisung geben, daß bis auf weiteres derartige Jugendarreste nicht mehr in Strafanstalten vollzogen werden dürfen, es sei denn, daß wirklich kriminelle Fälle vorliegen. Dieser Vorbehalt muß gelten; denn bei der Jugendkriminalität muß man ja unter Umständen energisch zugreifen. Ein Kind, an dem alle Besserungsversuche gescheitert sind, muß schließlich auch — wenigstens kurz — in eine Gefängniszelle gebracht werden, um ihm zu zeigen, wie es ihm ergehen wird, wenn es auf dem unrechten Wege weiterschreitet.

Wenn aber keine Kriminalität vorliegt, sondern es sich nur um gewöhnliche Schulversäumnisse handelt, bin ich nicht mehr bereit, und mag auch eine Direktive der Militärregierung vorliegen, meinerseits die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß ein Kind dem Erlebnis des Eingesperrtseins in der Gefängniszelle ausgesetzt wird. Ich werde insofern selbst Verhandlungen mit der Militärregierung durchführen und nicht nur von meiner Bollzugsabteilung führen lassen, um dafür zu sorgen, daß diesen Umständen abgeholfen wird.

Ich danke nochmals dafür, daß mir Gelegenheit gegeben wurde, das vor der Öffentlichkeit zu erklären.

(Beifall.)

**I. Vizepräsident:** Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt. Ich rufe auf:

**Interpellation Stod und Fraktion betreffend Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Bayern (Beilage 2715).**

Die Interpellation wird von dem Herrn Abgeordneten **Stod** verlesen; ich erteile ihm hierzu das Wort.

**Stod (SPD):** Ich habe namens meiner Partei folgende Interpellation eingebracht:

Nach dem Bericht des Staatsministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge waren Ende Juni 1949 in Bayern 348 258 Personen arbeitslos gemeldet. Ihre Zahl ist weiter im Ansteigen begriffen. Bayern steht von allen Ländern des Bundesstaates mit seinen Arbeitslosen mit an der Spitze.

Was gedenkt die Staatsregierung gegen die immer weiter um sich greifende Schließung von Betrieben und von Massenentlassungen zu tun?

Hält sie eine Wirtschaftspolitik für richtig, die ein Millionenheer von Arbeitslosen schafft in einer Zeit, in der der Bedarf an Konsumgütern, aller Art einen neuen Höhepunkt erreicht hat und die Wohnraumnot aller Bevölkerungskreise fast ins Unerträgliche gestiegen ist?

Was ist geschehen, um durch öffentliche Arbeiten und sonstige grundlegende Maßnahmen die Folge dieser tiefgreifenden Wirtschaftskrise zu mildern und ihre weitere Ausbreitung zu verhindern?

**I. Vizepräsident:** Ich frage die Staatsregierung, ob sie gewillt ist, diese Interpellation sofort zu beantworten.

**Stellvertretender Ministerpräsident Dr. Müller:** Ich werde die Interpellation im Namen der Staatsregierung sofort beantworten.

**I. Vizepräsident:** Zur Begründung der Interpellation erteile ich dem Herrn Abgeordneten **Dr. Hille** das Wort.

**Dr. Hille (SPD):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei dieser Interpellation geht es nicht darum, einen billigen Wählerfolg zu erringen, bei dieser Interpellation geht es auch nicht darum, der Staatsregierung zu unterstellen, sie hätte nichts getan,

(Dr. Linnert: Qui s'excuse s'accuse!)

bei dieser Interpellation geht es auch nicht darum zu unterstellen, der Landtag hätte nichts getan, sondern es geht bei der Interpellation um Grundsätzliches, um den Unterschied der Auffassungen, nämlich darum, ob man diese Wirtschaft sich selbst überlassen kann, wodurch sich das Heer der Arbeitslosen ins Unendliche vergrößert, oder ob es nicht notwendig ist, doch zu einer zielbewußten Lenkung und Planung zu kommen. Rund 350 000 Arbeitslose sind allein in Bayern registriert. Mindestens 50 000 Arbeitslose sind wahrscheinlich nicht registriert, weil sie sich hievon keinerlei Erfolg mehr versprechen. Dazu kommt das große Heer der freien Berufe. Wir wissen, daß heute Hunderte und Tausende von Künstlern, Architekten, Anwälten und Ärzten — etwa 5000 Ärzte sind arbeitslos — auf der Straße liegen. Zu diesen Zahlen kommt noch ein riesiges Heer von Angehörigen. Es sind also mindestens

(Dr. Hille [SPD])

2 Millionen Menschen, die hungernd und frierend hinter diesen Arbeitslosen stehen.

Der Landtag hat in einer Reihe von positiven Vorschlägen versucht, aus der gegebenen Situation heraus eine Änderung dieses Zustandes zu erreichen. Die sozialdemokratische Fraktion hat durch ihren Plan A einen positiven Vorschlag unterbreitet, der, wenn die entscheidenden Stellen nur den guten Willen hätten, durchaus geeignet wäre, diese Arbeitslosigkeit wesentlich einzuschränken, ja sie unter Umständen völlig zu eliminieren. Ich weiß: Die Regierung wird nun sagen und beweisen — sie hat ja jetzt seit Einbringung der Interpellation 2½ Tage Zeit gehabt und auch die Nacht dazu benützt —, daß sie alles getan hat. Sie benützt vielleicht die Gelegenheit, um ihrerseits Wahlpropaganda zu treiben.

(Zuruf: Sie bieten ihr ja die Gelegenheit dazu! —

Dr. Linnert: „ihrerseits“ ist gut, das werden wir fett drucken!)

— Man hat inzwischen mündlich und schriftlich behauptet, wir hätten diese Anfrage nur aus wahlpropagandistischen Gründen gestellt.

Ich erkläre hiezu mit aller Eindeutigkeit: Wer behauptet, daß das Schicksal von mindestens 2 Millionen Menschen eine Angelegenheit der Wahlpropaganda und nicht der ernststen Sorge einer Arbeiterpartei ist, der diffamiert diese Partei, der unterstellt ihr Motive, die dem Wesen dieser Partei widersprechen. Was wir aufzeigen wollen, ist die Unfähigkeit dieses Systems gegenüber dem Kernübel des Problems. Um dieses Kernübel geht es und darum, die entscheidenden Funktionsveränderungen zu schaffen. Herr Erhard, dessen Politik Sie hier in Bayern machen, der neuerdings sogar Ihr Kandidat ist, der die Maximen Ihrer Wirtschaftspolitik öffentlich vertritt, Herr Erhard und der Wirtschaftsrat, wo Sie die Mehrheit haben, wo Sie zusammen mit der Freien Demokratischen Partei die Grundlinien der Wirtschaftspolitik bestimmen, tragen wie Ihre Regierung, die dieselben Grundlinien verfolgt, die Schuld daran, daß man immer wieder zu falschen Schlüssen kommt und insolgedessen auch mit falschen Mitteln operiert, um diesen Zustand zu beseitigen.

(Donsberger: Und in England floriert alles?)

— Wir können hier keine Außenpolitik machen. Wir könnten Ihnen sogar sagen, was wir aber nicht tun wollen, daß dieser jetzige Zustand eine Folge der früheren Politik ist, die Sie mit getrieben haben. Aber es könnte in dieser Situation demagogisch erscheinen, so vorzugehen, und deshalb nehmen wir davon Abstand. Wir wollen uns auf die Gegenwart und auf die jetzigen Erscheinungen und Tatsachen beschränken.

Wenn ich einen kleinen Überblick geben darf, wie sich die Dinge zum Beispiel in München — und München ist tatsächlich ein fundamentales Beispiel für die Entwicklung der letzten Zeit — entwickelt haben, so sind hier folgende Feststellungen zu treffen: Alle Zweige der Wirtschaft sind an den Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen beteiligt. Ich greife aus der Reihe der in Frage kommenden Firmen nur einige heraus. Sie haben hier im Landtag vor einigen Tagen die Frage der Bürgschaft für einen Kredit an die Firma Steinheil diskutiert. Tausend Menschen sind

mit einem Ruck auf die Straße geflogen. Warum? Weil die Wirtschaftspolitik versagt hat.

(Dr. Linnert: Wollen Sie den Kriegsbetrieb aufrechterhalten?)

— Wenn Sie so argumentieren, dann kann man auch behaupten, daß sämtliche Betriebe Kriegsbetriebe gewesen sind. Die letzte Mehlgerei ist dann ein Kriegsbetrieb gewesen.

(Dr. Linnert: Selbst das Arbeitsamt!)

— Auch das Arbeitsamt. All das enthebt Sie nicht der Verpflichtung, sich Sorgen zu machen und Überlegungen anzustellen, wie diese Millionen in den Kriegsbetrieben nun der Friedenswirtschaft dienstbar gemacht werden können. Darum geht es. Dieser Hinweis auf die Kriegsbetriebe ist nur billige Demagogie. Nennen Sie mir einen einzigen maßgeblichen Betrieb in München oder in Bayern, der kein Kriegsbetrieb war! Mit einer solchen Beweisführung, Herr Dr. Linnert, jagen Sie keinen Hund hinter dem Ofen hervor.

(Dr. Linnert: Umdrehen müssen wir es!)

Es ist sehr billig und einfach, so Wirtschaftspolitik zu machen.

(Dr. Linnert: Ich mache jetzt nur noch Malzkaffee-fabriken auf, die sind keine Kriegsbetriebe.)

— Sie können auch eine Bohnenkaffeefabrik aufmachen; Bohnenkaffee wirkt viel anregender als Malzkaffee. Bohnenkaffee ist auch für das Herz notwendig. Diesen Bohnenkaffee, diesen Extrakt braucht die Wirtschaft und nicht ihren Malzkaffee. Wir haben die ganze Zeit nur Malzkaffee gehabt, nur einen Abguß einer echten Wirtschaftspolitik.

(Lachen bei der FDP.)

— Die Herren Liberalisten lachen darüber, aber sie wissen keinen einzigen positiven Vorschlag, dieser Entwicklung entgegenzutreten, die uns wirklich — ich darf das ohne Übertreibung sagen — Tag und Nacht Sorge bereitet. Was sollen wir mit den Leuten machen, die jetzt auf die Straße geworfen werden? In den letzten Tagen sind bei meinem Arbeitsamt nicht weniger als neun Stilllegungsanträge eingegangen. Alle Wirtschaftszweige sind hierbei vertreten. Sie haben sich in diesem Haus Sorge um die PGs gemacht, sie haben sich gesorgt, daß diese 5000 oder 10 000 PGs in ganz Bayern um ihre sogenannten wohlverordneten Rechte kommen. Haben Sie einmal in diesem Hause dieselbe Sorge um die Millionen Menschen gehabt, die hinter dieser Arbeitslosigkeit stehen, und den Kampf für sie geführt?

(Donsberger: Dauernd, mein lieber Freund!)

— Wenn Sie das getan haben, werden Sie von der gleichen Sorge wie ich erfüllt sein.

(Zuruf: Sind wir auch!)

— Aber was tun Sie? An dieser Stelle hat Herr Staatssekretär Dr. Müller die Tatsache verteidigt, daß der Staat für einen solchen Kriegsbetrieb eine Bürgschaft geleistet hat. Die Firma hat inzwischen die Tore geschlossen. Die 3 Millionen DM und noch mehr sind effektiv für die Friedensfertigung verloren. Warum? Weil ein wirkliches Produktionsprogramm im Sinne einer zukunftssträchtigen Friedenswirtschaft nicht vorhanden war. Jeder arbeitet ohne Erforschung des Marktes nach seiner eigenen Maxime, niemand fragt: Wie wird die Lage in wenigen Monaten sein, wie sieht

(Dr. Hille [SPD])

der Markt und der Weltmarkt aus? Jeder glaubt, er sei am richtigen Platz, wenn seine Profiteure gesichert ist.

(Zuruf: In der Planwirtschaft wäre die Firma Steinheil längst geschlossen worden.)

— Das wäre kein Nachteil gewesen; denn wir hätten das Geld genommen und damit Tausende in anderen Unternehmungen untergebracht, wir hätten sie vielleicht in die Bauwirtschaft zur Durchführung unseres Planes A gesteckt. Das ist keine Beweisführung.

(Dr. Linnert: „Der Hätte-ich“-Schalter ist seit 1918 geschlossen.)

In München haben in den letzten Monaten allein vier Schuhfabriken fast 1000 Menschen entlassen. Wir haben ja alle soviel Schuhe! Da behaupten Sie immer noch, das sei nichts weiter als eine Konjunkturkrise, also eine Krise aus Überfluß! Das ist doch Ihre Beweisführung, wenn Sie von einer Konjunkturkrise reden. Daß dahinter die mangelnde Kaufkraft der Arbeitslosen, der Rentner, der Kriegsbeschädigten und wie sie alle heißen mögen, steht, das verschweigen Sie der Öffentlichkeit. In einer Zeit, wo Tausende und aber Tausende von Häusern verwüstet sind, wo Millionen von Wohnungen fehlen, können wir uns den Luxus einer riesigen Arbeitslosigkeit nicht erlauben.

(Brunner: Einen verlorenen Krieg und eine Währungsreform können wir uns erlauben! — Zuruf des Abgeordneten Donsberger. — Zuruf von der SPD: Sie sollten sich einmal über die Sozialpolitik in England orientieren, Herr Kollege Donsberger!)

Was wir tun müssen, über all das hinaus, was wir bisher getan haben, das ist, vorurteilslos und aus dem Willen heraus, die Ursachen zu beseitigen, eine Analyse dieses Zustandes zu finden. Aber Ihre Regierung (zur CSU) hat sich genau so wie draußen die Verfechter der freien Wirtschaft an die Maximen eines Dr. Erhard gebunden, an die Maximen eines laissez faire, laissez aller: Laßt es gehen! Jeder macht es so, wie er mag, keiner sieht die Gesamtheit. Das ist die Methode, die die Wirtschaft heute verfolgt.

(Staatsminister Dr. Seidel: Gehen Sie doch zu mit dem laissez faire, laissez aller!)

— Herr Dr. Seidel, ich weiß, Sie haben manche schlaflose Nacht gerade über den gegenwärtigen Zustand verbracht, aber Sie haben selbst noch nicht den ehrlichen Willen, eine wirklich sinnvoll gelenkte, geplante Wirtschaft durchzuführen.

(Zuruf von der CSU: Zwangswirtschaft!)

Wir erleben gerade bei diesen Entlassungen immer wieder, daß uns die Betriebe sagen: Wir haben ja Rohstoffe, aber wir können diese Rohstoffe nicht verarbeiten; wir haben kein Geld, um sie zu verarbeiten! Die anderen sagen wieder: Jawohl, wir haben riesige Läger,

(Zuruf von der CSU)

— ich müßte Ihnen meinen Katalog vortragen —, aber wir haben keine Kunden, die diese Läger kaufen könnten! Und das in einer Zeit, wo in jedem Haushalt nachweislich Mangel herrscht. Ich könnte Ihnen darüber

Zahlen bringen, ich will Sie aber damit nicht langweilen.

(Zurufe von der CSU. — Gegenrufe von der SPD.)

Aber es ist unbestritten, daß die Firmen im wesentlichen entweder behaupten, sie hätten kein Kapital oder sie hätten keine Rohwaren, und auf der anderen Seite: sie hätten volle Warenlager, die sie nicht abzusetzen vermöchten.

(Brunner: Volkswirtschaft muß verstanden sein! — Anhaltende Zurufe von der CSU und Gegenrufe von der SPD. — Unruhe.)

I. Vizepräsident: Hohes Haus, ich bitte, die Ruhe zu bewahren. Ich stelle fest, daß große Nervosität herrscht.

(Heiterkeit. — Zurufe von der CSU: Im Gegenteil, große Ruhe!)

Dr. Hille (SPD): Meine Damen und Herren, Sie haben wirklich eine mustergültige Ruhe gezeigt! —

Es ist doch notwendig, daß ich an einigen Beispielen die Tatsachen unter Beweis stelle. In den letzten Wochen — ich bitte das zu beachten — haben folgende Betriebe Massenentlassungen vorgenommen oder sind stillgelegt worden: die Firma Gräfersinger Werke, ein Betrieb für elektromedizinische Apparate, die Firma Rutschenreuther (Süßwaren), die Firma Hausar, eine Bauunternehmung, die Firma Howeg, Maschinenbau, Isartaler Steinhaus, Baugeschäft. Beachten Sie, zwei Bauunternehmen schon in dieser Folge! Dann die Firma Anagge und Peitz, Bekleidung; ausgerechnet die Abteilung Produktion! Begründung: Es lohnt nicht mehr, es ist kein Absatz vorhanden. Weiter mußte die Firma Meßeler Gummiwerke einen Teil ihrer Belegschaft entlassen. Es folgen die Schuhfabrik Reiter, die Metallwarenfabrik Sebald, die Maschinenbauanstalt Spannate, die Lederfabrik Schredtinger und Bocker, die Strickmaschinenfabrik Weber, die Optischen Werke Steinheil Söhne, die Chemische Fabrik Rono, die Textilfabrik Gelbard, die Serumfabrik Serag, die Schuhfabrik Metzner. Die Ziegelwerke Ismaning müssen mit ihren 6 oder 7 Nebenbetrieben stilllegen. Sie müssen die gesamte Belegschaft entlassen. Auf der anderen Seite sehen Sie zerstörte Wohnungen, zerstörte Geschäftshäuser, und die Aufrechterhaltung dieser Betriebe ist nicht möglich, weil kein Absatz da ist.

(Zuruf von der CSU: Kein Geld!)

— Die haben schon Geld, Herr Kollege, aber sie haben keinen Absatz, das ist von entscheidender Bedeutung bei dieser Betrachtungsweise. Andere wieder haben kein Geld, das stimmt, weil die Kapitalfehlleitung so unerhört ist. Gehen Sie doch durch München, da sehen Sie, was gebaut wird: riesige Geschäftshäuser. Auf der anderen Seite werden die Betriebe und Fabriken geschlossen. Ist das nicht ein Widerspruch? Wäre es nicht viel sinnvoller, das Kapital, das hier aufgewendet wird, für den Wohnungsbau zu verwenden und damit die Wirkung zu vervielfachen? Das ist doch gar keine Frage, darüber sind sich doch wohl auch die Sachverständigen vollkommen einig. Die Firma Bayerischer Holz- und Hallenbau entläßt 35 von 180 Beschäftigten. Die Firma Feldmochinger Kraftfutterwerk muß fast die ganze Belegschaft entlassen. Die Firma Miezoldi und Krämer, Feinmechanik, muß einen wesentlichen Teil der Belegschaft entlassen, desgleichen die Firma Hans Miller,

(Dr. Hille [SPD])

Apparatebau. Die Süddeutsche Bremsen AG. entläßt 250 Mann, die Baustofffirma Grob- und Feinkeramik entläßt nochmals 220 Mann und in einem anderen Betrieb 39 Mann.

Heute morgen lagen bereits wieder vier Anträge auf Massenentlassungen vor. Ich hebe aus den in der letzten Zeit geschlossenen Betrieben hervor die Firma Nüßlein mit 355 Personen und die Schuhfabrik Straßer, die von 765 Beschäftigten rund 400 entlassen hat. Das ist doch alles mehr als nur eine Konjunkturfurie, das ist eine Strukturkrise. Was verstehen wir darunter? Wir wollen dieses Wort einmal volkstümlich übersetzen, damit es jeder versteht.

(Staatsminister Dr. Müller: Wir sind doch keine Volksversammlung!)

Struktur heißt Gefüge. Das Gefüge dieser Gesellschaftsordnung, d. h. dieser Wirtschaftsordnung, ist tatsächlich gestört. Ich stehe hier durchaus nicht allein auf weiter Flur. Ich lese Ihnen nur einige wenige Worte aus einem Aufsatz vor, der vor wenigen Tagen in der Ihnen allen bekannten „Wirtschaftszeitung“ erschienen ist, einem Blatt, das sich eines besonderen Rufes nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt erfreut.

(Dr. Sinnert: Auch in Ihrer Fraktion, Herr Dr. Hille? — Heiterkeit und Zurufe links.)

Diese Zeitung schreibt:

Vieles spricht dafür, daß der größte Teil der aus der Zeit vor der Geldreform übernommenen und ein großer Teil der von Juli bis Dezember 1948 arbeitslos gewordenen Personen dem Kreis der „strukturell Arbeitslosen“ angehört.

(Zurufe von der FDP. — Gegenrufe von der SPD.)

In demselben Aufsatz heißt es dann:

Während die konjunkturelle Arbeitslosigkeit das gegebene Objekt der Kredit- und Investitionspolitik ist, würde diese gegenüber den strukturellen Tatbeständen weitgehend unwirksam bleiben. Jedenfalls müßte an den richtigen Stellen Kredit gegeben, gebaut und investiert werden.

Diese Worte, die wir unterstreichen können und die im Grunde das gleiche sagen, was wir hier behaupten, können doch von niemand ernsthaft bestritten werden. Wenn schon der Ruf der „Wirtschaftszeitung“ in Ihren Kreisen anerkannt ist, dann müssen ihre sachlichen Feststellungen auch für unsere Kritik Geltung haben. Nicht immer sind wir mit den Schlußfolgerungen der „Wirtschaftszeitung“ einverstanden. Sehr oft sind wir es, und in diesem Fall sind wir es vorbehaltlos. Es ist im wesentlichen eine Strukturkrise, es ist die Krise einer falsch verstandenen Kredit- und Wirtschaftspolitik, es ist die Krise einer Fehlleitung von Kredit,

(Weidner: wohin denn?)

einer Fehlleitung von Rohstoffen, einer Fehlleitung überhaupt auf der ganzen Linie.

(Weidner: Aber wohin denn fehlgeleitet, Herr Kollege? Es ist doch kein Geld da!)

— Ich komme nun zu dem kritischen Punkt. Der Herr Abgeordnete Weidner hat ihn mir vorweggenommen. Er will damit sagen, für die Rohstoffe wäre kein Geld da. Wir lesen ja hier in Stilllegungs- und Massen-

entlassungsanträgen, daß Rohstoffe da sind. Wir erleben, daß Rohstoffe, die sehr dringend für den täglichen Bedarf benötigt werden, für Luxusartikel verschwendet werden. Wir erleben, daß Rohstoffe nicht intensiv verarbeitet werden, nur des Nutzens des Unternehmers wegen. Das sind doch die Dinge, die einen Teil der Konjunktur ausmachen.

(Dr. Sinnert: Das kann man doch nur dem kleinen Man erzählen, das müssen Sie doch anders begründen!)

— Wir können ein so ernsthaftes Problem nicht mit Lächerlichkeiten aus der Welt schaffen,

(Dr. Sinnert: Wir sind doch ernste Leute!)

wir dürfen diesen Problemen nicht mit geschlossenen Augen gegenüberstehen, sondern wir müssen Überlegungen anstellen. Das war doch der Sinn meiner Ausführungen. Wir kommen mit dieser Wirtschaftspolitik überhaupt nicht weiter. Wenn wir sie nicht grundsätzlich ändern, ist es weiterhin möglich, daß in diesem Ausmaß dieses Feld der Wirtschaft der Willkür des einzelnen — der Freiheit des einzelnen, sagen Sie — überlassen wird und daß das Wohl der Arbeitnehmer von einer Wirtschaftspolitik abhängig gemacht wird, die aus der Vergangenheit nichts gelernt hat, die ein überlebtes Zeitalter in die Gegenwart herüberretten möchte.

Das sind doch die Kernfragen, um die es hier geht, und da sage ich: Trotz allem, was die Regierung getan hat, trotz ihres offensichtlichen Bemühens, zu helfen und diese Krise zu meistern, hat sie doch, weil sie eben gewillt ist, die Politik des Herrn Dr. Erhard hier in Bayern konsequent durchzuführen, versagen müssen. Es war kein schlechter Wille. Ich würde es als demagogisch betrachten, wollte ich hier auch nur einem Mitglied der Regierung den schlechten Willen unterstellen.

(Zuruf von der CSU: Auf einmal!)

Davon kann natürlich keine Rede sein, das ist auch nicht meine Absicht. Aber ich glaube, bei ihrer Einstellung hat sie eben nicht erkannt, daß es hier um Fundamente geht, daß es auf den Umbau von unten her ankommt. Das wollten wir in diesem Zusammenhang an wenigen Beispielen dargestellt haben.

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr stellvertretende Ministerpräsident Dr. Josef Müller.

Stellvertretender Ministerpräsident Staatsminister Dr. Müller: Meine Damen und Herren, hohes Haus! Die in Bayern derzeit bestehende Arbeitslosigkeit hat die sozialdemokratische Fraktion zu der vorliegenden Interpellation veranlaßt. Der Herr Abgeordnete Dr. Hille hat die Interpellation in einer Weise begründet, die es mir schwer macht, das gleiche Niveau in Bezug auf Inhalt und Schwung zu erreichen. Ich werde mich aber bemühen, sachlich zu antworten.

(Zuruf links: Bemühen!)

Die Fragen der Interpellation geben der Staatsregierung eine erwünschte Gelegenheit, dem hohen Hause ihre wirtschaftspolitischen Absichten und die bereits durchgeführten Maßnahmen darzulegen. Die Staatsregierung begrüßt aus diesem Grunde die Interpellation; sie wünscht, daß ihre heutige Antwort gerade in den nächsten Wochen im bayerischen Volke weiteste Verbreitung finden möge.

(Stellvertretender Ministerpräsident  
Staatsminister Dr. Müller)

Die Staatsregierung hofft daneben auch durch die offene Darlegung der wirklichen Verhältnisse dem Streben der Herren Interpellanten nach Erkenntnis und Wahrheit entgegenzukommen.

Die bayerische Staatsregierung glaubt allerdings, daß der Zeitpunkt der Interpellation in einem gewissen Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen zum Bundestag stehen könnte

(hört! und sehr richtig! bei der CSU)

und daß die an die Staatsregierung gerichteten Fragen weniger dem bayerischen Kabinett als der Politik der CSU gelten.

(Marr: Auch!)

Sie gelten vermutlich der Wirtschaftspolitik, die die CSU/CDU seit über einem Jahr im Wirtschaftsrat konsequent verfolgt hat

(Marr: Also doch schon über ein Jahr!)

und bereit ist, weiterhin zu verfolgen. Es ist nicht Aufgabe und auch nicht Absicht der Staatsregierung, vor dem hohen Hause die Wirtschaftspolitik einer Partei zu rechtfertigen.

(Hört! links.)

Dennoch muß aber festgestellt werden, daß die von der CSU/CDU getragene Wirtschaftspolitik

(Zuruf links: und FDP! — Heiterkeit)

in Westdeutschland die deutsche Wirtschaft aus der Erstarrung und Lähmung der Nachkriegsjahre gelöst

(Dr. Sinnert [nach links]: Wir überlassen ihnen Erhard gern!)

und dem deutschen Volk wieder ein einigermaßen erträgliches Leben ermöglicht hat.

(Lebhafte Sehr richtig! bei der CSU. —

Dr. Sinnert: Das ist eben ein wirklicher Konjunkturpolitiker, der nützt die Konjunktur aus!)

Diese Wirtschaftspolitik hat die Fesseln der Zwangswirtschaft gesprengt

(Dr. Hille: Darum geht es ja gar nicht!)

und dadurch wieder ein sinnvolles, produktives Schaffen ermöglicht.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Sie tat es in einem Ausmaß, daß das Ausland von einem deutschen Wunder gesprochen hat.

(Sehr richtig! bei der CSU. — Zurufe von der SPD.)

— Wir wollen uns nicht schlechter machen als Deutsche, als wir sind. — Sie hat den Produktionswillen der Unternehmer wieder erweckt und die Leistungsfähigkeit und den Leistungswillen unserer Arbeiterschaft gesteigert.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Sie hat unsere Exportmöglichkeiten so vermehrt, daß wir in steigendem Maße unsere notwendigen Einfuhren bezahlen können. Sie hat die Versorgung mit Gebrauchsgegenständen und vor allem die Ernährung des deutschen Volkes in einem Ausmaß gebessert, das vorher niemand — sicher-

lich auch die Herren Interpellanten nicht — für möglich gehalten hat.

(Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte. — Zurufe links.)

Diese sichtbare Verbesserung unserer Gesamtlage will man aber nicht gelten lassen. Man betrachtet es mancherorts als Aufgabe und parteipolitische Pflicht, dem deutschen Volk immer wieder nur die Schattenseite der Entwicklung, und zwar möglichst abschreckend aufzuzeigen und darzustellen.

(Sehr richtig! bei der CSU. — Zuruf links: Optimist!)

Da aber, wo man den offensichtlichen Fortschritt nicht abstreiten kann, verfälscht man ihn. So ist es falsch, zu behaupten, daß der grundlegende Wandel unserer Gesamtlage einzig auf die Währungsreform und die Marshallplanhilfe zurückzuführen sei. Ohne Zweifel haben beide Mittel wesentlich zur Besserung unserer Lage beigetragen. Aber ohne eine Wirtschaftspolitik, deren Hauptziel es war, den Leistungswillen und die Leistungsanreize in einem höchstmöglichen Maße zu steigern, hätten weder Währungsreform noch Marshallplan die nachhaltigen Wirkungen auslösen können, die wir heute feststellen.

(Zuruf links: Hoffnungslos!)

Keiner Regierung der Welt, sei sie sozialistisch oder bürgerlich, ist es möglich, nach einem total verlorenen Krieg die Wirtschaft eines Landes, das noch dazu besetzt und von seinen Auslandsverbindungen weitgehend abgeschnitten ist,

(sehr richtig! bei der CSU)

ohne Reibungen und ohne Anpassungsschwierigkeiten wieder aufzubauen.

(Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte.)

Niemand kann dies auch von einer deutschen Regierung erwarten.

Zu diesen in unserer Situation unvermeidlichen Aufbauschwierigkeiten gehört nun in erster Linie das Auftreten einer gewissen Arbeitslosigkeit.

Die heutige Arbeitslosigkeit ist eine schwerwiegende Hypothek, die unsere Wirtschaft seit der Währungsreform belastet. Sie ist aber, so bedauerlich sie für das Schicksal der jeweils Betroffenen ist, noch kein Grund zu einer Katastrophenstimmung. Die Herren Interpellanten seien daran erinnert, daß gerade die norddeutsche SPD vor der Währungsreform für den Umstellungsprozeß eine Erwerbslosigkeit von 5 bis 6 Millionen Menschen prophezeit hat. In Wirklichkeit hat die Erwerbslosigkeit sowohl in der Doppelzone wie auch in Bayern ein noch erträgliches Maß nicht überschritten.

Die bayerische Staatsregierung weiß aber folgendes: Arbeitslosigkeit ist in jedem Lande schwer; in Deutschland besitzt eine dauernde Massenarbeitslosigkeit besonderes Gewicht, weil bei uns jeder Verdienener für einen zweiten Menschen mitverdienen muß. Deshalb sieht die Staatsregierung in der Beseitigung und Eindämmung der Arbeitslosigkeit eine ihrer vordringlichsten Aufgaben. Die Entwicklung hat vor allem bei uns in Bayern gezeigt, daß es sich bei der derzeitigen Arbeitslosigkeit überwiegend nicht um eine konjunkturelle, sondern vielmehr um eine strukturelle Erscheinung handelt, die als Nachwirkung

(Stellvertretender Ministerpräsident  
Staatsminister Dr. Müller)

des Krieges und in erster Linie als eine Folge des außerordentlichen Bevölkerungszuwachses zu betrachten ist.

(Kübler: Sehr richtig!)

Die Maßnahmen, die zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit eingeleitet wurden, sind daher in erster Linie auf die Beseitigung der strukturellen Ursachen gerichtet. Die Umstellung von der Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft bedarf erfahrungsgemäß in jeder Volkswirtschaft, auch in den Siegerstaaten, auch in England, einer gewissen Zeit des Ausgleichs, die eine schwere Belastungsprobe der Wirtschaftspolitik darstellt. Die Schwierigkeiten Englands sind wohl der beste Beweis für diese Behauptung. Die Umstellung gestaltet sich in der westdeutschen Wirtschaft deshalb so besonders schwierig, weil es hier nicht allein darauf ankommt, die Wirtschaft auf Friedensproduktion umzustellen, sondern vielmehr die aufs schwerste getroffene Produktionsgrundlage der Wirtschaft erst wieder aufzubauen und darüber hinaus Millionen von Menschen in den Wirtschaftsprozeß neu einzugliedern und ihnen Beschäftigungsmöglichkeiten zu verschaffen.

(Mary: Daraus muß aber die Schlussfolgerung gezogen werden!)

— Herr Kollege, wollen Sie etwa die Schlussfolgerung ziehen, die die englische Labour Party gezogen hat, als sie zum König ging, um gegen die Arbeiterbewegung einzuschreiten?

(Zuruf von der CSU: Sehr gut! — Beifall bei der CSU. — Zuruf von der SPD: Das ist eine demagogische Verkennung.)

— Nein, Herr Kollege, ich will nur sagen, wir haben keinen König und niemand, den wir anrufen können.

(Stoß: Sie wissen genau, daß sich die Labour Party gegen die bolschewistischen Methoden gewandt hat.)

— Wer brav ist, bekommt auch keine derartige Antwort. —

(Zuruf von der SPD: Fragen Sie den englischen Doctarbeiter!)

Die Eingliederung der großen Zahl von nur beschränkt arbeitsverwendungsfähigen Kriegsverfehrten und der Massenzustrom von Ausgewiesenen, Heimkehrern und illegalen Grenzgängern verursacht eine weitgehende Veränderung des Strukturbildes der bayerischen Wirtschaft. Trotzdem ist es heute schon gelungen, von den 670 000 Arbeitnehmern unter den Flüchtlingen 525 000 und von den 112 600 bei den bayerischen Arbeitsämtern registrierten Schwerbeschädigten rund 93 000 in den Arbeitsprozeß einzugliedern.

(Zuruf von der CSU: Hört!)

Das ist eine Leistung Bayerns, wie sie kein anderes deutsches Land aufweisen kann.

(Zuruf von der CSU: Sehr richtig!)

Daß die Schwierigkeiten der Eingliederung der Ausgewiesenen in die Wirtschaft in hohem Maß darin beruhen, daß die Flüchtlinge zum großen Teil an Plätzen untergebracht werden mußten, an denen sie keine geeignete Arbeit finden können, ist dem hohen Hause

aus den zahllosen Verhandlungen im Landtag hinreichend bekannt.

(Zuruf von der SPD.)

— Sie können wieder eine Antwort erhalten, die Ihre Kollegen nicht wünschen. —

Dazu kommt, daß die Zerreißung Deutschlands durch die Abtrennung der Ostzone sowie die lange Abschneidung Deutschlands von den Weltmärkten zu einer weiteren, erheblichen Belastung des Arbeitsmarktes beiträgt. Für die Beurteilung der derzeitigen Arbeitslosigkeit sind ferner eine Reihe von Tatsachen heranzuziehen, die ihre Ursachen in den Verhältnissen vor und nach der Geldreform haben. Als bekannt darf vorausgesetzt werden, daß ihr Anschwellen nicht unbeträchtlich auf den Zugang von Arbeitskräften zurückzuführen ist, die sich bis zur Währungsreform der Registrierung durch die Arbeitsämter mit Hilfe eines Scheinarbeitsverhältnisses zu entziehen wußten. — Das wird auch Herr Kollege Dr. Hille sicher bestätigen. — Ein weiterer, erheblicher Teil der Arbeitslosen stammt aus dem Zusammenbruch von Betrieben, die in der Reichsmarkzeit gegründet wurden und die nur in der Zeit des Mangels leben konnten.

In allen diesen Fällen handelt es sich keineswegs um die Folgen einer falschen Wirtschaftspolitik. Gerade die Tatsache, daß die Zahl der Arbeitslosen von der Währungsreform bis Mitte März 1949, wo sie mit 365 000 ihren höchsten Stand erreichte, um 220 000 gestiegen ist, während die Zahl der Beschäftigten in der gleichen Zeit nur um 138 000 zurückging, ist ein Beweis dafür, daß die Arbeitslosigkeit größtenteils aus bisherigen Randgebieten des Arbeitsmarktes herrührt, d. h. aus Personenkreisen, die bisher am Arbeitsmarkt nicht aufgetaucht waren.

(Dr. Hille: Die nicht gemeldet sind! Das ist ein Unterschied.)

— Wenn sie nicht gemeldet sind, können sie auch nicht auftauchen. —

Rund 42 vom Hundert aller Arbeitslosen sind Flüchtlinge und rund 5,7 vom Hundert Schwerbeschädigte; das beweist, daß die Krise des bayerischen Arbeitsmarktes in der Hauptsache auf grundlegende bevölkerungsmäßige Veränderungen zurückzuführen ist. Die bayerische Wirtschaft war nach ihrer Struktur und Leistungsfähigkeit trotz ihrer beachtlichen industriellen Ausweitung einfach nicht in der Lage, sich den verhältnismäßig hohen Bevölkerungszuwachs in kurzer Zeit und reibungslos einzugliedern.

In welchem Maße die strukturelle Verfassung der Wirtschaft die Arbeitslosigkeit verursacht hat, ist daraus zu ersehen, daß gerade die am meisten agrarisch orientierten Länder Westdeutschlands, die zugleich auch die meisten Flüchtlinge aufnehmen mußten, nämlich Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, auch die höchsten Prozentzahlen der Arbeitslosen mit 12,7, 13,5 und 22,5 vom Hundert aufweisen und damit weit über dem Durchschnitt von 9 vom Hundert liegen. Die rund 800 000 Arbeitslosen dieser drei Länder machen allein annähernd zwei Drittel der Gesamtzahl im Vereinigten Wirtschaftsgebiet aus. Andererseits erfreut sich die französische Zone, die bisher kaum Flüchtlinge aufgenommen hatte, mit einer Arbeitslosenziffer von nur 2,9 vom Hundert eines relativ günstigen Standes und auch Nordrhein-Westfalen hat dank seiner vergleichs-

(Stellvertretender Ministerpräsident  
Staatsminister Dr. Müller)

weise geringen Zahl von Flüchtlingen nur 4,2 vom Hundert Arbeitslose.

Die dargelegten Tatsachen zeigen mit Deutlichkeit, daß die Arbeitslosenfrage von der Flüchtlingsfrage nicht getrennt werden kann; sie machen ferner deutlich, daß ihre Lösung nicht auf einer bayerischen, schleswig-holsteinischen oder niedersächsischen Ebene, sondern nur auf einer gesamtwestdeutschen Ebene erfolgen kann. Entweder muß Westdeutschland zu einem gerechten Flüchtlingsausgleich kommen oder Bayern muß in die Lage versetzt werden, seine Wirtschaft weit über das derzeitige Maß hinaus zu industrialisieren und dadurch die erforderlichen Arbeitsplätze zu schaffen.

Jeder, der die Dinge objektiv betrachtet, kommt zu der Feststellung, daß die bayerische Arbeitslosigkeit heute nicht Ausdruck einer absinkenden Produktion oder Wirtschaftstagnation ist, sondern daß unsere bayerische Wirtschaftskapazität noch nicht groß genug ist, um allen Arbeitsfähigen ihren Platz im Produktionsprozeß zu sichern. Dazu kommt, daß die seit der Währungsreform erfolgte Leistungssteigerung der Arbeiter und die seitdem erfolgten wirtschaftlichen Rationalisierungsmaßnahmen in großem Umfange Arbeitskräfte freigesetzt haben und noch weiterhin freisetzen werden. Die Steigerung der Arbeitsleistung und die Rationalisierung der Wirtschaft aber ist die Grundvoraussetzung für unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten, für den Abbau der überhöhten Kostenstruktur und damit für die Senkung des gesamten Preisniveaus, an dem wir alle, ob Arbeiter oder Unternehmer, interessiert sind. Keine deutsche Regierung, von welcher Partei sie auch getragen sein mag, wird sich der Schaffung dieser Grundvoraussetzungen für unseren Wiederaufstieg entziehen können.

Aus den bisherigen Ausführungen bitte ich zu entnehmen, daß die Hauptaufgabe, die uns zur Überwindung der Arbeitslosigkeit gestellt ist, in der Ausweitung unserer gesamten volkswirtschaftlichen Produktionsgrundlagen besteht und bestehen muß. Der durch Krieg und Kriegsfolgen geschwächte Produktionsapparat würde auch bei weitestgehender Rationalisierung nicht ausreichen, die einheimischen Arbeitskräfte voll zu beschäftigen; der Einbau der Flüchtlinge ist nur bei nachhaltiger Erweiterung der bayerischen Wirtschaftskapazität durchführbar. Die bayerische Wirtschaft steht mit dieser Aufgabe ohne Zweifel vor weit größeren Schwierigkeiten als die meisten übrigen Länder Westdeutschlands. Unsere Wirtschaft befindet sich in einem Industrialisierungsprozeß, der durch die Armut Bayerns an den Grundstoffen einer modernen Industriewirtschaft und durch seine fruchtungsünstige Lage fühlbar behindert ist.

(Dr. Hille: Und die Feiertagsregelung!)

Dem hohen Hause ist durch die Staatsregierung wiederholt Rechenschaft darüber gegeben worden, welche Maßnahmen zur Ausweitung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ergriffen wurden. Dabei ist aber auch stets darauf hingewiesen worden, daß der Aufbau neuer Industrien, die Ausweitung des Produktionsapparates und der Bau von Wohnungen und Arbeiterwohnungen nicht allein mit gutem Willen und

wirtschaftlicher Aktivität durchgeführt werden kann, sondern daß die erste Voraussetzung für die Bewirklichung dieser Maßnahmen Geld und Kapital ist. Die Hemmungen für die notwendige wirtschaftliche Aktivität und damit für eine ausreichende Arbeitsbeschaffung liegen ausschließlich in dem Mangel an verfügbarem Kapital. Der ungeheure Kapitalmangel ist aber nicht die Folge einer falschen Wirtschaftspolitik, sondern das schmerzliche Erbe des verlorenen Krieges mit seinen ungeheuren Kapitalverlusten und Sachwertzerstörungen.

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Kapital ist nicht gleich Geld; sonst wäre das Problem leicht zu lösen und wir bräuchten nur die Druckmaschinen in Bewegung zu setzen, wie das ja das „tausendjährige Reich“ mit so erschütternden Folgen getan hat. Kapital muß erst einmal erarbeitet und durch Konsumverzicht erspart werden. Konsumverzicht aber ist einem Volke erst dann möglich, wenn die dringendsten Lebensbedürfnisse des Menschen und auch des Produktionsapparates gedeckt sind. Daß Sparen und Konsumverzicht bei einem Volke, das ausgehungert und der lebensnotwendigsten Bedarfsgüter entblößt ist, erst an allerletzter Stelle kommt, ist selbstverständlich. Es ist auch dadurch verständlich, daß unserem mit Recht mißtrauisch gewordenen Volke zuerst wieder der Glaube an die Sicherheit unserer Währung gegeben werden mußte.

(Zuruf von der CSU: Sehr richtig!)

Unsere Bevölkerung hat das Vertrauen in die Währung und in unsere Wirtschaftspolitik wiedergewonnen; das zeigen die langsam, aber stetig steigenden Ziffern der Bank- und Sparkasseneinlagen. Nur nebenbei sei erwähnt, daß auch das Ausland das gleiche Vertrauen in unsere Währung setzt; das zeigt die ständig steigende Bewertung der D-Mark auf den ausländischen Geldmärkten.

Meine Damen und Herren! Seit Monaten befassen sich aus den vorgetragenen Gründen die für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Stellen in erster Linie mit der Frage, wie das Kapital für die notwendige Produktionsausweitung aufgebracht und wie dieses Kapital dorthin gelenkt werden kann, wo es den größten wirtschaftlichen Nutzen für eine ausreichende Versorgung unserer Bevölkerung mit Konsumgütern, den Wiederaufbau unseres Produktionsapparates und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Überwindung der Arbeitslosigkeit bringen wird. Es wäre ein grober Irrtum, anzunehmen, daß die Wirtschaftspolitik der bayerischen Staatsregierung oder auch der bizonalen Verwaltung dahin gehe, im Sinne einer überspitzten Marktwirtschaftstheorie den Dingen ungehindert ihren Lauf zu lassen. Wir wissen vielmehr sehr wohl, daß die vor uns liegenden Schwierigkeiten nicht ohne eine kluge Lenkung der Wirtschaft zu bewältigen sind.

(Zuruf von der SPD: Also!)

An ein „laissez faire, laissez aller“ denken nur Theoretiker. Wir sind allerdings der Überzeugung, daß diese Lenkung nicht mehr durch Bewirtschaftungs- und Zuteilungsdiktate geschehen kann, sondern nur auf dem Wege eines sinnvollen Kapitaleinsatzes.

(von Knoeringen: Wo ist denn der sinnvolle Kapitaleinsatz?)

— Die SPD wird bei ihrer wirtschaftspolitischen Konzeption durchaus dafür Verständnis haben, daß zuerst

(Stellvertretender Ministerpräsident  
Staatsminister Dr. Müller)

einmal klare Vorstellungen geschaffen und Rangfolgen bestimmt werden mußten, bevor die beschränkt vorhandenen Mittel zweckentsprechend und im Einklang mit den Zielen der Wirtschaftspolitik eingesetzt werden konnten.

(von Knoeringen: Den Vorrang haben die Luxusgeschäfte!)

Wir sind keine Theoretiker, sondern Praktiker in der Regierung und in der Wirtschaft.

(von Knoeringen: Ausgezeichnete Praktiker!)

— Wir werden die Erkenntnisse für die Praxis ausnutzen; denn das Leben ist Praxis, Herr Kollege von Knoeringen.

(Zuruf von der SPD.)

Das Stadium solcher Planung ist nunmehr durchlaufen; es sind bereits konkrete Maßnahmen ergriffen worden. Das Problem wurde von allen Seiten her in Angriff genommen. Die Maßnahmen der Staatsregierung sind vor allem kreditpolitischer Art. Sie liegen im einzelnen auf den Gebieten des Wohnungswesens, der öffentlichen Bauten, der landwirtschaftlichen Siedlung und der Bodenreform, der Landesplanung und der Industrieansiedlung.

(von Knoeringen: Die Landesplanung ist ein Kapitel für sich!)

Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß die Aufgaben auf dem Gebiete der Kapitalaufbringung und der Kreditpolitik nicht isoliert innerhalb Bayerns gelöst werden können, sondern daß es sich hier um eine westdeutsche Gesamtaufgabe handelt, die nur in engster Zusammenarbeit mit der bizonalen Verwaltung, dem zentralen Bankensystem, das heißt der Bank deutscher Länder und vor allem der eigens für langfristige Kredite geschaffenen Wiederaufbaubank, zu lösen sind.

Die Auswirkungen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und der Währungsreform treten, wie dem hohen Hause bekannt ist, in erster Linie als Mangel an kurzfristigen Betriebskrediten und mittel- und langfristigem Kapital in Erscheinung. Die Gewährung kurzfristiger Kredite ist inzwischen wesentlich erleichtert worden; die der Wirtschaft von der Bank deutscher Länder auferlegten Kreditrestriktionen, die am Ende des vergangenen Jahres zur Vermeidung inflationistischer Tendenzen angeordnet wurden, sind in den letzten drei Monaten Zug um Zug abgebaut und durch eine Politik des „leichteren Geldes“ ersetzt worden. Um die Kreditgewährung weiter zu erleichtern, wurden die Sätze für Diskont- und Lombardkredite bei den Zentralbanken herabgesetzt und die Kreditmittel der Banken durch Verminderung der Reservehaltung bei den Landeszentralbanken erhöht.

Die Finanzierung langfristiger Investitionskredite im Rahmen des sogenannten Long-term-Programms, das heißt des langfristigen Wiederaufbauprogramms der deutschen Wirtschaft, das bis zum Jahre 1952/53 läuft, erfolgt über die Wiederaufbaubank. Das bayerische Wirtschaftsministerium hat bisher innerhalb dieses Programms für den Ausbau der bayerischen Industrie Anträge in Höhe von 350 Millionen DM an die Verwaltung für Wirtschaft gestellt. Als erste Rate hat Bayern von einer für die westdeutsche Industrie aus Garloa-Mitteln freigegebenen

Summe von insgesamt 71 Millionen 21,5 Millionen zugeteilt erhalten. Ich bitte diese Tatsache zu beachten. 21,5 Millionen DM sind fast ein Drittel der vorläufig bereitgestellten Summe. Wenn wir dabei in Rechnung stellen, daß sich acht westdeutsche Länder mit hohen Investitionsbedürfnissen um diese erste Rate bemüht haben, so ist dieser Anteil ein deutlicher Beweis dafür, daß es der Staatsregierung gelungen ist, die besonderen Bedürfnisse der bayerischen Wirtschaft zur Geltung zu bringen. Es ist anzunehmen, daß mit der Freigabe der ERP-Gegenwerte, die bisher auf sich warten ließ, der bayerischen Industrie weitere Kreditmittel zufließen werden.

Die Staatsregierung hat außerdem große Anstrengungen gemacht, um den Ausbau der bayerischen Energiewirtschaft mit Hilfe bizonaler Mittel durchzusetzen. Sie wurde zu diesen Anstrengungen durch die Erkenntnis veranlaßt, daß die Ansiedlung neuer Industriezweige und der Ausbau der vorhandenen Industrieapazität sinnlos wäre, wenn nicht zuvor die entscheidende Voraussetzung hierfür, nämlich die Energieversorgung, gesichert wird. Hier sind wir in Bayern in einer besonders prekären Lage, da der Durchschnittsverbrauch an elektrischem Strom je Industriebeschäftigten in Bayern wesentlich höher als in der übrigen Bizone liegt. Die bisherigen Pläne sehen allein eine Erhöhung der Wasserkraftleistung der bayerischen Kraftwerke um 40 Prozent vor. Die Maßnahmen zur Behebung der bayerischen Energienot werden schätzungsweise 1,7 Milliarden DM beanspruchen. Innerhalb der Bizone ist zunächst ein Energieausbauprogramm von 20 Projekten aufgestellt worden, in dem auch fünf bayerische Projekte enthalten sind. Der für die bayerischen Werke benötigte Kreditbedarf beträgt 140 Millionen DM; 63,5 Millionen DM werden aus Mitteln der Wiederaufbaubank bereitgestellt. Die bayerischen Energieunternehmen haben darüber hinaus aus dem allgemeinen Kapitalmarkt beträchtliche Summen flüssig gemacht. Ihre Bauvorhaben sind damit für das laufende Jahr gesichert.

Neben der bisher besprochenen Finanzierung der großen, langfristigen Investitionsvorhaben der Industrie wurden durch die bayerische Staatsregierung für die Gesundung der Klein- und Mittelbetriebe in Handwerk und Handel über 3 Millionen DM als Kleingewerbekredite bis zu einer Höhe von je 3000 DM aus Mitteln des Treuhandvermögens zur Verfügung gestellt. Davon entfallen rund 1,5 Millionen DM an kriegsbeschädigte Betriebe, eine Million DM an Flüchtlingsbetriebe und 400.000 DM an politisch, rassistisch und religiös Verfolgte.

Ferner ist zu hoffen, daß nach der nunmehr zu erwartenden Genehmigung des Soforthilfegesetzes durch die Militärregierungen auch aus dem vorläufigen Lastenausgleich Kleindarlehen für Betriebe, die sich im Aufbau befinden, zur Verfügung gestellt werden können.

Die Möglichkeit der direkten Gewährung von Staatskrediten an die Wirtschaft ist naturgemäß begrenzt. Es ist auch nicht Aufgabe des Staates, die Wirtschaft unmittelbar mit Kapital auszustatten. Die bayerische Staatsregierung hat daher den Bayerischen Landtag gebeten, zur Erleichterung der Kreditfinanzierung die Übernahme von Bürgschaften durch den Staat zu genehmigen. Es handelt sich um Bürgschaften für Kredite an Flüchtlingsbetriebe,

(Stellvertretender Ministerpräsident  
Staatsminister Dr. Müller)

an demontierte oder durch die Restitutionsen in ihrer Existenz gefährdete Betriebe, an Bergwerks- und Hüttenbetriebe, an die Bayerische Landesfiedlung und die Bayerische Bauernfiedlung, sowie für Kredite in sonstigen dringenden Fällen. Inzwischen sind weitere Ermächtigungen zur Bürgschaftsübernahme erbeten und beschlossen worden. Die Einzelheiten sind Ihnen bekannt. Auf Grund der schon bestehenden Ermächtigungen wurden bisher zahlreiche Bürgschaften für bereits gewährte Kredite übernommen. Ihre Gesamthöhe belief sich am 30. September 1948 auf 8,72 Millionen DM; sie ist bis zum 30. Juni 1949 auf 41,38 Millionen DM gestiegen und sie wird sich in naher Zukunft beträchtlich erweitern.

Auf jeden Fall muß gesagt werden, daß die Finanz- und Haushaltspolitik des bayerischen Staates keineswegs unter rein fiskalischen Gesichtspunkten, sondern in allererster Linie mit dem Blick auf die Zukunft unserer Wirtschaft betrieben wird. Trotz des hohen Anteils an starren Ausgabeposten — allein die Besatzungskosten und sozialen Lasten nehmen über 50 Prozent der Gesamtausgaben in Anspruch — sind im bayerischen Staatshaushalt für 1949 insgesamt 236 Millionen für produktive Investitionen vorgesehen. Die Aufgliederung des Betrages zeigt, daß diese staatlichen Mittel auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens — auf dem Gebiete der Wirtschaft, des Verkehrs, der Landwirtschaft, der kulturellen und sozialen Einrichtungen und der öffentlichen Versorgung — eingesetzt und unstreitig eine kräftige Wirkung auslösen werden.

Für das laufende Rechnungsvierteljahr vom 1. Juli bis 30. September wurden rund 90 Millionen DM Haushaltsmittel für Investitionen bereitgestellt, um unter Mobilisierung aller finanziellen Reserven und unter äußerster Einschränkung der übrigen Verwaltungsausgaben einen Investitionsstoß auszulösen und dadurch möglichst viele Arbeitslose wieder ins Erwerbsleben einzugliedern. Die Ziffern erhalten ihr volles Gewicht, wenn man berücksichtigt, daß Bayern trotz seiner schwachen Steuerkraft in der Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Investitionszwecke unter den westdeutschen Ländern an vierter Stelle hinter Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Württemberg-Baden steht. Die Kritiker der Staatsregierung sollten diese Anstrengungen nicht übersehen.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Die Staatsregierung kann diesen Teil ihrer Antwort nicht abschließen, ohne den Abgeordneten des hohen Hauses für die verständnisvolle Unterstützung und den Ernst zu danken, mit denen diese für unser Volk so wichtigen Aufgaben im Bayerischen Landtag behandelt wurden.

Meine Damen und Herren! Die finanz- und kreditpolitischen Maßnahmen der Staatsregierung sind zugleich durch raumpolitische, das heißt durch landesplanende Maßnahmen sinnvoll ergänzt worden. Dadurch war es möglich, eine Reihe von beachtlichen Betrieben in Bayern anzusiedeln und vor allem aber Flüchtlingsindustrie- und Handwerksbetriebe neu anzusetzen. Durch diese erfuhr in den meisten Fällen unsere bayerische Wirtschaft eine durchaus erwünschte Ergänzung und Bereicherung. Gelegenheit zur Unterbringung der neuen Betriebe boten vor allem die in Bayern in besonders großer

Zahl vorhandenen ehemaligen Sprengstoff- und Munitionsanlagen, Kasernen und Flugplätze. Bis zum Mai 1949 waren 980 Betriebe in ehemaligen Wehrmachtslagern angesiedelt, die sich noch teilweise in weiterem Aufbau befinden. Von den in Bayern neu zur Entfaltung gelangten größeren Industriebetrieben seien z. B. genannt die Firmen Siemens-Schuckert, Auto-Union, Zeiß-Opton, Greifwerke, Faunwerke und die sudetendeutsche Firma Kuhnert. Von den angesiedelten Flüchtlingsgruppen seien erwähnt die sudetendeutschen Abershamer Handschuhmacher, die Tachauer Holzverarbeiter, die Königsberger Möbelschler, die Schönbacher Geigenbauer, die Gablonzer Schmuckwarenerzeuger, die Hohlglaserzeuger aus Haida-Steinschönau und andere mehr.

Die Aufgaben der Industrieausweitung, von deren Notwendigkeit bisher die Rede war, können aber nur gelöst werden, wenn das brennendste soziale Problem unserer Lage, die katastrophale Wohnungsnot energisch in Angriff genommen wird. Die Staatsregierung muß hier ausdrücklich feststellen, daß in Bayern auf diesem Gebiet wesentlich mehr geschehen ist, als allgemein bekannt ist. Es genügt allein die Feststellung, daß Bayern von allen Ländern der Doppelzone den größten Betrag an Staatsgeldern für den Wohnungsbau aufwendet.

(Hört, hört! bei der CSU. — Zietsch: Hoi, hoi, Herr Minister! — Zuruf von der SPD: Bis jetzt nichts aufgebracht!)

— Das wird Ihnen jeder Flüchtlingsvertreter, der loyal und objektiv die Verhältnisse in Bayern und in den anderen Ländern beurteilen kann, bestätigen. Das können Sie von jedem außerbayerischen Flüchtlingsvertreter hören.

(Zietsch: Das konnte nicht einmal der Herr Finanzminister bei der Baunotabgabe nachweisen, Herr Minister!)

— Ich möchte Sie hier auch wieder bitten, Bayern nicht schlechter zu machen, als es ist.

(Kübler: Sehr richtig!)

Für den Wohnungsbau stehen im laufenden Jahre insgesamt 206 Millionen DM zur Verfügung. Ab Währungsreform bis Ende 1949 werden etwa 28 200 Wohnungen allein aus öffentlichen Mitteln erstellt oder in Angriff genommen sein. Die Entwicklung der letzten Monate läßt erwarten, daß das von der Regierung aufgestellte Wohnungsbauprogramm 1949 mit 30 000 Wohnungen in vollem Umfange verwirklicht werden kann, wenn es gelingt, die zum Gesamtbedarf von 300 Millionen DM noch fehlenden 95 Millionen DM bereitzustellen.

(Zietsch: Woher können sie bereitgestellt werden?)

— Können Sie zaubern, Herr Kollege?

(Zietsch: Dann dürfen Sie aber auch die Zahl 30 000 nicht nennen!)

— Wir werden uns anstrengen müssen. Wir werden Ihnen Vorschläge machen, die Sie prüfen müssen. Wir werden uns auch gemeinsam außerhalb Bayerns in Frankfurt anstrengen müssen, um Mittel herzubekommen. Einer allein meistert das nicht. Da müssen wir alle zusammenhelfen!

(Zietsch: Dann darf ich aber auch nicht von 30 000 Wohnungen reden. „Wenn“ ich 500 Millionen DM nehme, kann ich 50 000 Wohnungen bauen —: So geht es auch nicht!)

(Stellvertretender Ministerpräsident  
Staatsminister Dr. Müller)

Herr Kollege! Man kann es ja ungefähr kalkulieren, wie weit die Leistungsfähigkeit geht und was beschafft werden kann. (Kübler: Sehr richtig!)

Wir wollen hier doch keine Polemik treiben. Ich erkenne ohne weiteres an, daß zum Beispiel im Wirtschaftsrat in Frankfurt, trotzdem Ihre Partei dort in der Opposition war, wirklich sachliche Arbeit geleistet wurde. Ich würde wünschen, daß wir in gleicher Weise eine sachliche Arbeit leisten können.

(Zietsch: Das ist wohl schon geschehen!)

Wir können dabei immer noch eine verschiedenartige Vorstellung von der Wirtschaftstheorie und -praxis für Gegenwart und Zukunft haben.

(Zietsch: Bei der Baunotabgabe haben wir das bestimmt bewiesen, Herr Minister!)

— Es hat niemand bestritten, daß Sie redlich mitgearbeitet haben. Herr Kollege Zietsch, ich habe Ihnen für die Mitarbeit vorhin mitgedankt.

(Heiterkeit bei der CSU. — Zietsch: Ich nehme das zur Kenntnis!)

Um die Inangriffnahme der Bauvorhaben zu beschleunigen, hat die Staatsregierung aus dem voraussichtlichen Aufkommen der Baunotabgabe bereits 25 Millionen DM im Vorgriff zur Verfügung gestellt.

Die Staatsregierung ist darüber hinaus bestrebt, neben der staatlichen Förderung auch die sonstigen Voraussetzungen für den privaten Wohnungsbau zu schaffen. Es sei hierbei nur an die Bemühungen um die Bereitstellung erstfälliger Hypotheken im Betrage von 17,5 Millionen aus dem Wiederaufbauprogramm und weiterer 20 Millionen DM aus ERP-Mitteln für den erst später der deutschen Bevölkerung zugute kommenden Besatzungswohnungsbau erinnert. In gleicher Richtung gehen die Bemühungen um die Schaffung erleichteter rechtlicher und finanzieller Grundlagen für den Wohnungsbau, z. B. in der Althypothekenfrage, die nunmehr in dem Abänderungsgesetz zum sogenannten Sicherungsgesetz ihren Niederschlag gefunden haben. Das zweite Gesetz zur Neuordnung der Steuern zur Hebung des sozialen Wohnungsbaus hat zweckgebundene Zuschüsse von Seiten der Industrie weitgehend steuerbegünstigt. In diesem Zusammenhang ist auch auf das vor wenigen Tagen im Haushaltsausschuß verabschiedete Gesetz über Grundsteuer- und Gebührenfreiheit zu verweisen, das in umfassender Regelung als erstes derartiges Gesetz in den Westzonen ergehen wird. Vor wenigen Tagen haben die Wiederaufbauminister auf einer Tagung beschlossen, eine dem bayerischen Vorbild entsprechenden Gesetzgebung über Grundsteuer- und Gebührenfreiheit auch in den übrigen Ländern der Bizone den Volksvertretungen vorzulegen. Der dort anwesende Vertreter des Zweimächtigkontrollamtes hat das entschlossene Vorgehen Bayerns in dieser Frage als beispielhaft bezeichnet und anerkannt.

(Hört, hört! bei der CSU!)

Die bayerische Staatsregierung ist sich bewußt, daß die Bauwirtschaft den Schlüssel jeder wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung darstellt. Sie hat daher nicht nur dem sozialen Wohnungsbau, sondern auch dem öffentlichen Bauwesen besondere Sorgfalt gewidmet. Im öffentlichen Bauwesen,

soweit es von der Obersten Baubehörde betreut wird, werden zur Zeit allein 23 000 Baufach- und Bauhilfsarbeiter beschäftigt mit einem Jahresaufwand von rund 120 Millionen DM, der zum größten Teil von der öffentlichen Hand bestritten wird. Trotz der finanziellen Schwierigkeiten ist es gelungen, die Zahl der im öffentlichen Bauwesen Beschäftigten bis heute nahezu zu halten. Die bevorzugte Durchführung von lohnintensiven Straßenbauten, von lohnintensiven Arbeiten auf dem Gebiete des öffentlichen und landwirtschaftlichen Wasserbaues und der Wildbachverbauungen, die als Notstandsmaßnahmen bereits begonnen worden sind, ist ein weiteres Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Im nächsten Monat werden darüber hinaus größere Bauten durch Koordinierung von Energiebauten mit Maßnahmen des Hochwasserschutzes in Angriff genommen.

Auch im Bereich des Staatsministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge sind volkswirtschaftlich wertvolle Arbeiten finanziell gefördert worden. Es ist zwar, abgesehen von der Gewährung von Kurzarbeiterunterstützungen zur Überbrückung vorübergehender wirtschaftlicher Notstände infolge Arbeitsmangels einzelner Betriebe, finanziell und auch rechtlich nicht in der Lage, einzelne Zweige der freien Wirtschaft durch unmittelbare Geldhingabe zu fördern oder öffentliche Notstandsarbeiten selbst durchzuführen. Nachdem durch den Währungschnitt am 20. Juni 1948 nur noch rund 20 Millionen DM im Landesstock verfügbar waren, kann das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge als Treuhänder der Mittel der Arbeitslosenversicherung nur in beschränktem Umfange öffentliche Arbeiten unterstützen. Es gewährt aber seit August 1948 für die Durchführung volkswirtschaftlich bedeutsamer Vorhaben öffentlich-rechtlicher Körperschaften und gemeinnütziger Einrichtungen Zuschüsse aus Unterstützungsmitteln (Grundförderung) und Darlehen aus Staatsmitteln (verstärkte Förderung). Dem sozialen Wohnungsbau fließen auf diesem Wege verlorene Zuschüsse zu. Bis Mitte Juli 1949 wurden insgesamt 465 Notstandsarbeiten aus der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge gefördert; davon entfallen 106 auf den Wohnungsbau. Gegenwärtig werden rund 7000 geförderte Notstandsarbeiter neben den bei jeder Notstandsarbeit erforderlichen Stammarbeitern beschäftigt. Die Zahl der hier Beschäftigten ist im ständigen Steigen begriffen.

Siedlung und Bodenreform. Besondere Anstrengungen hat die bayerische Staatsregierung — von der Öffentlichkeit allerdings nicht genügend beachtet — auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Siedlung und der Bodenreform gemacht. 5941 Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Boden, den die Großgrundbesitzer freiwillig abgetreten haben, und 3593 Hektar, die nach rechtskräftig gewordenem Enteignungsbescheid in die Verfügungsgewalt des Siedlungsträgers gelangt sind, sowie 16 668 Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Boden aus ehemaligem Wehrmachtsbesitz, der von der amerikanischen Militärregierung für Siedlungszwecke freigegeben worden ist, haben es neben anderen kleineren Landquellen ermöglicht, auf insgesamt 31 279 Hektar Siedler einzusetzen. Die auf den Stichtag vom 30. Juni 1949 neu erstellte Statistik läßt den Fortschritt im Vollzug des Bodenreformgesetzes in Bayern klar ersehen. Es wurden bisher errichtet

(Stellvertretender Ministerpräsident  
Staatsminister Dr. Müller)

80 Kleinbäuerliche Siedlungen	mit	147 Hektar
764 Vollbauernstellen	mit	10 310 Hektar
362 Erwerbsgärtnereien	mit	634 Hektar
3196 Nebenerwerbsfiedlungen	mit	1 149 Hektar
550 Land- und Forstarbeiter- fiedlungen	mit	302 Hektar
2348 Wohnfiedlungen	mit	189 Hektar
7300		12 731 Hektar

Das ergibt gegenüber dem Stand vom 31. Dezember 1948, also innerhalb eines halben Jahres, ein Mehr von 2997 Siedlerstellen und eine Mehrfläche von 1830 Hektar.

Die Schaffung aller dieser Siedlerstellen darf nicht bloß unter dem Gesichtspunkt der Errichtung neuer wirtschaftlicher Existenzen, sie muß auch als ein namhafter Beitrag zur Bekämpfung und zur Vinderung der ungeheuren Wohnraumnot und als ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit betrachtet werden. Die Staatsregierung hält es gerade unter diesem Gesichtspunkt für ihre Pflicht, auch in der Zukunft für die Bodenreform alle verfügbaren Mittel einzusetzen. Sie weiß allerdings, daß angesichts der großen Zahl der Heimatvertriebenen in Bayern das Bodenreformland nicht ausreichen wird, um den Wünschen aller Siedleranwärter, insbesondere der Flüchtlingsbauern, auf Zuweisung von Land in vollem Umfang zu genügen. Staatsminister Dr. Schlögl hat daher schon in der Sitzung des Landesauschusses für Siedlung und Bodenreform am 30. März 1949 Anweisung gegeben, ein Sofortprogramm auszuarbeiten, das zusätzliche Leistungen zum Bodenreformgesetz in der Form der bevorzugten Verpachtung und des bevorzugten Verkaufs von landwirtschaftlichen Betrieben und Grundstücken an Flüchtlingsbauern vorsieht. Die Denkschrift hierüber ist sämtlichen Mitgliedern dieses hohen Hauses am 18. Mai 1949 zugeleitet worden. Inzwischen sind die Grundgedanken dieses Sofortprogramms auch in den beiden anderen Ländern der US-Zone aufgegriffen worden; sie haben in dem sogenannten Flüchtlingsfiedlungsgesetz ihren Niederschlag gefunden, in das durch Gewährung steuerlicher und sonstiger Vergünstigungen ein besonderer Anreiz zur Verpachtung und zum Verkauf landwirtschaftlicher Objekte an Flüchtlingsbauern eingebaut ist. Dieses Gesetz ist am 24. Juni 1949 durch den Wirtschaftsrat und am 8. Juli 1949 durch den Länderrat angenommen worden. Die bayerische Staatsregierung erwartet, daß von dem für diese Zwecke vorgesehenen Kredit im Betrage von 30 Millionen DM für das Haushaltsjahr 1949/50 ein wesentlicher Anteil auf Bayern entfallen wird.

Meine Damen und Herren! Mit diesen Feststellungen möchte ich die Aufzählung der von der Staatsregierung eingeleiteten und durchgeführten Maßnahmen auf den verschiedenen Gebieten abschließen. So sehr alle diese Maßnahmen zeigen, daß die bayerische Staatsregierung auf keinem der genannten Gebiete untätig war, so geben sie doch kein abschließendes Bild über die Auswirkungen ihrer Wirtschaftspolitik. Deren Erfolge können wir nur aus der Gesamtlage der Wirtschaft ermessen. Eine ruhige Betrachtung dieser Lage führt aber zu folgenden Feststellungen:

Die Arbeitsleistung, die sich im Gesamtvolumen der industriellen Produktion ausdrückt, hat seit der Währungsreform ein Ausmaß erreicht, wie es vor der Geldumstellung kaum erwartet werden konnte. Es wird Ihnen noch in Erinnerung sein, daß im Juni 1948 der Index der industriellen Produktion erst die Hälfte des normalen Vorkriegsstandes erreicht hatte. Berücksichtigt man, daß seitdem in Bayern das Produktionsvolumen ständig angestiegen ist und heute bereits das volle Vorkriegsniveau von 1936 erreicht hat, so ist das eine Tatsache, an der niemand vorbeigehen kann und die nach der Überzeugung der Regierung nur durch die Wirtschaftspolitik zu erzielen war, die nach der Währungsreform eingeschlagen wurde. Wenn man die hohe Arbeitslosigkeit in Bayern in den Vordergrund der politischen Diskussion stellt, so darf doch nicht übersehen werden, daß gerade Bayern hinsichtlich seiner Produktionsleistung nicht unerheblich über dem Durchschnitt der Bizone liegt. Produktionsanstieg ist aber nur eines der Kriterien für den Erfolg der eingeschlagenen Wirtschaftspolitik. Andere liegen sichtbar zutage, wie die nunmehr ausreichende Ernährung unseres Volkes, die Möglichkeit der Versorgung mit Verbrauchsgütern aller Art und auch der ständige Rückgang der Preise auf den meisten Gebieten.

Man muß sich nur an die Verhältnisse zurückerinnern, die noch vor einem Jahr unser Leben bestimmten. Tun wir es, dann wird jedem Einsichtigen der Fortschritt klar, der erzielt wurde. Was will man also an der bisherigen Wirtschaftspolitik der Regierung aussetzen? Hat sie nicht den Stand der Wirtschaft und die Lebenshaltung der Bevölkerung beträchtlich gehoben? Die Schattenseiten der gegenwärtigen Wirtschaftslage sind dem einzelnen ebenso wie der Staatsregierung bekannt. Auch die Ansatzpunkte für eine Abstellung der noch bestehenden Mängel sind offenkundig. Es fehlt nicht an Aktivität der Staatsregierung. Sie wäre in der Lage, auch noch die ungelösten Aufgaben in befriedigender Weise zu lösen, wenn der bestehende Kapital- und Geldmangel unserer verarmten Wirtschaft nicht vorhanden wäre. Diesen Mangel mit einem Schlag zu beseitigen, ist kein Wirtschaftssystem und keine Regierung in der Lage. Hier kann nur in zähem Kampfe Schritt für Schritt Boden gewonnen werden. Mit Kritik allein werden hier die Probleme nicht gelöst. Hier hilft nur vereinte Zusammenarbeit zur Bekämpfung der deutschen Not, und um diese Mitarbeit bittet die Staatsregierung die Abgeordneten dieses hohen Hauses.

(Lebhafter und anhaltender Beifall bei der CSU.)

**I. Vizepräsident:** An die Antwort des Herrn Ministers schließt sich eine Aussprache an, wenn sie von mindestens 25 Mitgliedern des Hauses verlangt wird. Ich frage, ob die nötige Unterstützung vorhanden ist.

(Zietsch: Diese Unterstützung ist vorhanden; wir verlangen eine Diskussion!)

— Dagegen wird sich kein Widerspruch erheben. — Ich stelle das fest. Dann treten wir in die Aussprache ein. Zum Wort hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Drechsel; ich erteile ihm das Wort.

**Drechsel (SPD):** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte aus dem Ablauf der vergangenen zwölf Monate an einen Vorgang erinnern, der dem großen Teil der Mitglieder dieses Hauses wahrscheinlich

**(Drechsel [SPD])**

nicht bekannt ist, für den ich aber die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses des Bayerischen Landtags als Zeugen anrufe. Ich habe in einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses im Spätsommer des vorigen Jahres angesichts der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung eine Warnung unter dem Motto ausgesprochen: Inflation mit losgelassenen Preisen! Ich habe damals darauf hingewiesen, daß durch die seit der Währungsreform eingeschlagene Wirtschaftspolitik eine Ausweitung des Geldvolumens eingetreten sei, die in der Preisentwicklung ihren Ausdruck gefunden hat. Diese Ausweitung des Geldvolumens nach der Währungsreform bis zu einem bestimmten Datum hat uns bekanntlich die Preiserhöhung verschafft. Als dann im Herbst 1948 die bekannten Kreditrestriktionen kamen, war es für das Abbremsen der Entwicklung bereits zu spät.

Meine Damen und Herren! Ich habe in den letzten paar Tagen zwei Berichte, die ich hier habe, sehr aufmerksam studiert. Das eine ist der Bericht des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge über Arbeit und Wirtschaft in Bayern im Monat Juni 1949. Der Bericht ist insofern außerordentlich interessant, als er über den Monatsbericht hinaus die Zusammenstellung eines Zahlenmaterials bringt, aus dessen Studium man tatsächlich allerhand Schlüsse ziehen kann. Man kommt durch eine ganz objektive Betrachtung zu dem Schluß, daß die Arbeitslosigkeit in Bayern ein sehr ernst zu nehmendes Problem ist. Ich lese aus dem Bericht auch heraus, daß man sich im Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge sehr große Sorgen darüber macht und daß man dort zu der Erkenntnis gekommen ist, daß die Arbeitslosigkeit auf strukturellen Fehlern unserer Wirtschaft, aber auch auf Fehlern in unserer Wirtschaftspolitik beruht.

Meine Damen und Herren, glauben Sie mir, die Interpellation der Sozialdemokratie ist ebenfalls nur von dieser Sorge diktiert. Wir machen uns tatsächlich Sorgen, und ich möchte jetzt, genau so wie ich es im Spätsommer des vorigen Jahres getan habe, als ich im Wirtschaftsausschuß meine Warnung in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung ergehen ließ, hier im bayerischen Parlament eine Warnung im Hinblick auf die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und auf politischem Gebiet aussprechen.

Der andere Bericht, den ich hier habe, ist ein Bericht des Pressedienstes der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union vom 15. Juli 1949. Er enthält im Wortlaut eine Rede des Herrn Professors Dr. Ludwig Erhard beim Presseempfang der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union in Düsseldorf am 15. Juli. Auch diese Rede habe ich sehr aufmerksam gelesen. Wenn man diese Rede, die nur für den Wahlkampf gehalten wurde, durchliest und verarbeitet, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß hier tatsächlich die Arbeitslosigkeit für Wahlzwecke benutzt wird; denn wer so argumentiert wie Herr Professor Dr. Erhard, kann nur ein Meister der Demagogie sein, wie wir das ja bei Herrn Dr. Erhard aus seiner Tätigkeit in Bayern und ganz besonders seit der Zeit wissen, da er in Frankfurt seine Tätigkeit ausübt. Krankhaft und schuldbewußt sucht er die Arbeitslosigkeit zu bagatellisieren, wobei er sogar zu Beschimpfungen der

Arbeitslosen übergeht. Was ist es denn anders, wenn man, wie das Herr Dr. Erhard tut, von „unechten Arbeitslosen“ spricht? Gibt es denn in Deutschland auch nur einen unechten Arbeitslosen?

(Dr. Linnert: Na ja! — Donsberger: Und die ehemaligen Schieber?)

— Herr Kollege Donsberger, auch derjenige, der durch die Verhältnisse der vergangenen Jahre vor der Währungsreform auf etwas unnormale Weise seinen Lebensunterhalt bestritten hat und das heute aus der geänderten Wirtschaftslage heraus nicht mehr tun kann und daher auf den Arbeitsmarkt kommt, kann nicht als unechter Arbeitsloser im Volkskörper bezeichnet werden, weil er darauf angewiesen ist, jetzt und in Zukunft seinen Lebensunterhalt auf natürliche Art und Weise, nämlich durch Arbeit, zu gewinnen. Und derjenige, der infolge des Behördenabbaues in den vergangenen Monaten arbeitslos geworden ist und nun ebenfalls auf dem Arbeitsamt erscheint, kann auch nicht als unechter Arbeitsloser bezeichnet, sondern muß ganz automatisch in die Zahl derjenigen eingegliedert werden, die nun auf den Arbeitsmarkt drängen, weil sie eben auf Grund ihrer sozialen Lage gezwungen sind, eine Arbeit auszuführen.

Herr Dr. Erhard hat einmal in einer seiner bekannten Sonntagvormittag-Handelskammerreden die Arbeitslosigkeit analysiert, und zwar in einer Art und Weise, daß man bei einer Besprechung der ganzen Frage im bayerischen Parlament die bayerische Staatsregierung doch daran erinnern muß, um zu erfahren, ob sie mit einer solchen Kennzeichnung der Arbeitslosen in Bayern einverstanden ist. Er hat am 21. März, als wir bereits eine Zahl von einer Million Arbeitslosen hatten, über diese Arbeitslosigkeit folgendes gesagt:

Wenn ich die Arbeitslosenzahlen analysiere, muß ich feststellen, daß die Hälfte solche sind, die von 1945 bis 1948 noch nie etwas gearbeitet haben und die deshalb kein Recht auf eine Unterstützung haben. Unter den anderen sind sehr viele bedauernswerte Menschen; denn die, die in der Verwaltung waren, sind ja nicht von Haus aus schlecht, sondern das System ist schlecht.

Meine Damen und Herren, wenn man so über die Zusammenfassung der Arbeitslosen spricht, dann verfolgt man damit von vornherein einen besonderen Zweck. Der Zweck ist in diesem Falle, diese Arbeitslosigkeit nach außen hin nicht als das erscheinen zu lassen, was sie ist, sondern sie eben als eine Bagatelle für unsere deutsche Wirtschaft hinzustellen.

Beschäftigen wir uns also zunächst einmal mit der Zahl der Arbeitslosen in Bayern! Ich stehe da auf dem Standpunkt, daß es die Aufgabe dieses Hauses ist, sich gerade mit den Verhältnissen in Bayern in ganz besonderem Maße vertraut zu machen. Wir Sozialdemokraten haben doch auch als Opposition den Beweis geliefert — das wurde von der Regierung wiederholt anerkannt —, daß wir auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet bemüht sind, an der Lösung der gestellten Aufgaben mitzuarbeiten. Aus dem Bericht des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge für den Monat Juni entnehme ich folgende Zahlen: Von den 351 708 Arbeitslosen am 14. Juni sind nicht weniger als 126 465 Unterstützungshauptempfänger gewesen. Dazu kommen dann noch 94 028 Unterstützungsempfänger in

(Drechsel [SPD])

der Arbeitslosenfürsorge. Das sind zwei Feststellungen, die man deshalb treffen muß, weil, wie der Bericht ganz offen und deutlich ausspricht, aus diesen Ziffern hervorgeht, daß die langfristige Arbeitslosigkeit von Woche zu Woche zunimmt. Das ist ja das Gefährliche an dieser Arbeitslosigkeit, daß sie bereits wieder zu einem Zustand wird, an den wir uns schon einmal nur zu leicht gewöhnt hatten: daß nämlich die Arbeitslosen nicht Monate, sondern Jahre auf der Straße liegen. Das aber, meine Damen und Herren, gilt es doch zu verhindern, weil aus dieser langfristigen Arbeitslosigkeit automatisch eine Radikalisierung der breiten Massen hervorgehen muß. Zu welchen Folgen das aber führt, haben wir in der Vergangenheit ja schon einmal erlebt.

Ich ziehe aus diesem Bericht aber noch zwei weitere Zahlen heraus, die insbesondere für Bayern all das widerlegen, was in den letzten Wochen gesagt wurde und was auch der Herr stellvertretende Ministerpräsident ausgeführt hat, daß nämlich die Entwicklung in den vergangenen 12 Monaten bis heute tatsächlich einen so außerordentlich großen Fortschritt dargestellt habe. Wenn im Juni 1948 2 528 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in Bayern beschäftigt waren und jetzt im Juni 1949 nur noch 2 411 000 beschäftigt sind, dann halte ich das für außerordentlich bedenklich, und es widerlegt auch die Meinung, daß durch die Währungsreform eine Zunahme der in Arbeit stehenden Menschen eingetreten ist. Für den Westen Deutschlands mag das in einem gewissen Maße zutreffen, aber auch dort geht die Entwicklung bereits wieder in einer Richtung, wie sie sich in Bayern schon vor einigen Monaten abgezeichnet hat. Erst gestern kam die Meldung, daß der Produktionsindex der Bizone im Monat Juni um 4 Punkte gesunken ist. Wir wissen ja auch, daß Betriebsstillegungen auf den Sektoren, wie wir sie in Bayern haben, im Westen Deutschlands gleichfalls an der Tagesordnung sind.

Das Bedenkliche an dieser Arbeitslosigkeit in Bayern sind ja gerade die Stilllegungen der Betriebe, nicht die Entlassungen von einzelnen Arbeitern da und dort. Eine ganze Reihe von Betrieben mußte bereits dazu übergehen, vollständig zu schließen. Die Arbeitslosigkeit greift also von der Konsumgüterindustrie, was aus dem Bericht des Arbeitsministeriums sehr klar zu entnehmen ist, in die Produktionsgüterindustrie über, und alte Praktiker auf dem Arbeitsmarktgebiete werden wissen, daß das erste Zeichen einer echten Wirtschaftskrise ist. Wir stehen also nach den Zahlen der Arbeitsmarktstatistik am Beginn einer echten Wirtschaftskrise, und infolgedessen ist es notwendig, zu prüfen, ob alle die Maßnahmen, die in den letzten 12 Monaten getroffen wurden, richtig sind. Der Beginn dieser Wirtschaftskrise ist nicht zu verschleiern mit dem Hinweis, daß die Produktion in Westdeutschland seit der Währungsreform um foundso viele Prozent, meinerwegen um 50, ja sogar um 100 Prozent gestiegen sei, was an sich ja außerordentlich erfreulich ist. Wesentlich aber ist, daß diese Produktion heute nicht mehr abgesetzt werden kann. Wir stehen also vor einer Kaufkraftkrise, und wenn wir aus dieser nicht herauskommen, geraten wir in eine Wirtschaftskrise hinein, wie wir sie in den

Jahren vor 1933 aus genau den gleichen Ursachen hatten.

(Staatsminister Dr. Seidel: Die Umsatzsteuer ist gestiegen!)

— Herr Minister, Sie haben recht, die Umsatzsteuer ist gestiegen, aber das ist noch kein Zeichen dafür, daß die Produktion in Ordnung ist. Wenn aber die Produktion gesunken ist, dann folgt automatisch ein Sinken der Umsatzsteuer nach.

(Staatsminister Dr. Seidel: Die Produktion in Bayern ist nicht gesunken.)

— In der Bizone ist sie gesunken.

(Dr. Linnert: Aber nicht in Bayern!)

Diese Senkung um 4 Punkte wird sich im Monat Juli ohne Zweifel fortsetzen.

(Dr. Linnert: Hoffentlich nicht!)

— Sie wird sich weiter fortsetzen!

(Dr. Linnert: Wir sind Optimisten.)

— Mit Optimismus, Herr Kollege Dr. Linnert, ist in der Wirtschaft nicht viel anzufangen.

(Dr. Linnert: Ein solcher psychologischer Faktor vermag sehr viel.)

Die Wirtschaft muß durch irgendwelche Maßnahmen gesteuert werden, dann wird sich auch der Erfolg zeigen. Eine Wirtschaft ist doch im Grunde genommen nur dann in Ordnung — das werden mir auch die Freien Demokraten zugeben —, wenn die Produktion durch die im Volk vorhandene Kaufkraft im wesentlichen aufgenommen werden kann; denn andernfalls kommen wir ganz automatisch zu einer Absatzkrise und damit zu Betriebsstillegungen.

(Brunner: Ich dachte, die Kaufkraft sei zu gering!)

— Freilich ist sie zu gering, und hier haben Sie einen Beweis, warum sie zu gering ist. Vergleichen wir nur das Preisniveau der industriellen Güter in Westdeutschland einschließlich Bayerns, so ergibt sich, daß gegenüber dem Jahre 1938 mit 100 Punkten heute eine Steigerung auf 208 Punkte eingetreten ist, während das Preisniveau für den einfachen Lebensbedarf mit Einfluß der auf dem freien Markt zu kaufenden Lebensmittel gegenüber 1938 auf 190 Punkte gestiegen ist. Das Lohnniveau dagegen ist gegenüber dem Jahr 1938 nur auf 146 Punkte gestiegen. Was hat es denn für einen Zweck, wenn man dauernd in die Welt hinausruft, wie Herr Professor Dr. Erhard das tut: Heute sind wir so weit, daß alle Nachfrage am Markt gedeckt werden kann! Ja, meine Damen und Herren, die Nachfrage kann am Markt wohl gedeckt werden, aber sie ist bereits zu klein geworden, um die am Markt auftretenden Güter aufzunehmen. Man kann aber doch nicht den dringenden Bedarf jener Menschen, die eigentlich am meisten brauchen, der Arbeiter, der Fliegergeschädigten usw., als ein unberechtigtes Bedürfnis bezeichnen und diese Leute von der Befriedigung ihres Bedarfes auf die Dauer ausschließen.

(Zuruf des Abgeordneten Donsberger.)

— Auf diese Sache komme ich noch, darauf können Sie sich verlassen.

Ich will mich nicht etwa mit den Preisen im allgemeinen beschäftigen, aber es muß doch aus der Entwicklung des letzten Jahres etwas herausgezogen werden, was jedem Menschen heute auffällt und zu denken geben muß. Sie wissen alle, daß nach der Währungs-

## (Drehfel [SPD])

reform die Preise fortlaufend gestiegen sind. Diese Preisentwicklung war mit bedingt durch die Geldpolitik, die in den Westzonen nach der Währungsreform betrieben wurde. Ich beweise Ihnen das an einem einzigen Beispiel. Als nach der Währungsreform die Häutebewirtschaftung aufgehoben würde, fand in Stuttgart am 7. Juli die erste freie Häuteauktion statt. Am 7. Juli war es noch keinem Einzahler von Reichsmark möglich, irgendwie über sein Umrechnungskonto zu verfügen, weil die Banken noch keine Feststellungen getroffen hatten. An diesem Tage aber war es einem einzigen Mann in Stuttgart möglich, den gesamten Anfall an Häuten an sich zu bringen dadurch, daß er die Häutepreise um 340 Prozent in die Höhe getrieben hat. Das konnte er nur, weil ihm von irgendeiner Bank oder von mehreren Banken die notwendige Summe als Kredit zur Verfügung gestellt wurde. Das war das erste und auffälligste Beispiel in der westdeutschen Wirtschaft, wie durch die sogenannte vollständige Freiheit der Wirtschaft die Preise in die Höhe getrieben wurden.

(Donsberger: Die Banken hatten ja doch noch gar keine Kreditmöglichkeit!)

— Herr Kollege Donsberger, dieses Geld stammte, wie festgestellt ist, aus den Erstaussstattungen der Privatbanken und wurde einem Manne in Form von Krediten zur Verfügung gestellt, mit denen er auf der Häuteauktion in Stuttgart am 7. Juli diese Preiserhöhungen durchgesetzt hat. Die weiteren Folgen dieser Preiserhöhung auf dem Gebiet Leder kennen Sie ja, Sie kennen die Schuhpreise von 60 und 70 Mark und kennen vielleicht auch das Sinken gerade der Lederpreise. Ich nehme jetzt nur einmal an, daß von den im Jahre 1948 nach der Währungsreform tatsächlich umgesetzten 40 Millionen Paar Schuhen auf Grund dieser unberechtigten Preiserhöhung für jedes einzelne Paar Schuhe ein Überpreis von 10 Mark gefordert wurde; dann komme ich auf diesem Gebiet auf 400 Millionen Mark, die im Jahre 1948 fehlgeleitete Kaufkraft gewesen sind.

Meine Damen und Herren, das war der Anfang zu der Krise, in der wir heute stehen. Als dann im Spätherbst des Jahres 1948 die Kreditrestriktionen gekommen sind, war es bereits zu spät. Bekanntlich haben diese Kreditrestriktionen gleich einem Borschlagerhammer mit 8 Pfund gewirkt, und die Arbeitslosigkeit wurde eingeleitet von dem Augenblick an, als diese Kreditrestriktionen ohne Ansehen der Person, ohne Auswahl der Betriebe ihre Auswirkungen selbst auf die Flüchtlingsbetriebe zeitigten. Hätte man diese Kreditrestriktionen, das heißt die organische Lenkung des in der Gesamtwirtschaft zur Verfügung stehenden Geldes, an den Anfang der Währungsreform gestellt, dann hätten wir diese Preisentwicklung in der Bizone 1948 nach der Währungsreform nicht erlebt und es wäre zu einer anständigen Verteilung auch der Kaufkraft innerhalb der Bevölkerung gekommen. Es hätte sich eine ganz andere Wirtschaftsentwicklung ergeben als diejenige, die durch diese Freiheit auf allen Gebieten entstanden ist.

(Dr. Linnert: Es war eben keine Freiheit; es ist ja heute noch keine! — Staatsminister Dr. Seidel: An den Kreditrestriktionen ist aber nicht die deutsche Wirtschaftspolitik schuld.)

— Einen Moment, Herr Wirtschaftsminister; ich komme im Zusammenhang mit den Kapitalinvestitionen auch auf dieses Kapitel zu sprechen.

Meine Damen und Herren! Ich will nun dieses Gebiet der Preise verlassen und zu dem Plan übergehen, den der stellvertretende Ministerpräsident uns hier bekanntgegeben hat: daß die Arbeitslosigkeit durch Kapitalinvestitionen bekämpft werden soll, die teils vom Lande Bayern stammen, die aber auch auf einem Gebiet liegen, das wieder in die bizonale Wirtschaftspolitik hinübergreift.

Herr Professor Erhard hat vor ungefähr sechs Wochen der deutschen Wirtschaft großspurig angekündigt, daß im dritten Quartal des Jahres 1949 2,5 bis 3 Milliarden Mark langfristige Kredite zum Zwecke der Investitionen zur Verfügung gestellt werden.

(Dr. Linnert: Erhard haben wir in Bayern doch los; lassen Sie ihn ruhen!)

— Lieber Kollege Dr. Linnert, das ist es ja eben, daß seine Wirtschaftspolitik auch auf uns so außerordentlich zurücktrahlt, wie mir unser Wirtschaftsminister wahrscheinlich zugeben müssen; seine Wirtschaftspolitik ist es ja, die unsere eigene Politik und unser Leben hier in Bayern mitbestimmt. — Was ist nun heute von diesen 2,5 Milliarden übriggeblieben und wie wirken sich diese 2,5 Milliarden Mark aus?

Als Professor Erhard von dieser geballten Kreditmasse gesprochen hat, da sind nicht nur die Banken und die Industrie etwas stutzig geworden, sondern da haben sachverständige Kreise in Deutschland sehr stark daran gezweifelt, ob es möglich ist, in dieser Zeit aus der deutschen Wirtschaft und aus den uns zur Verfügung stehenden Quellen überhaupt 2,5 bis 3 Milliarden Mark herauszuholen. Ich habe damals das Lächeln aufgesteckt, das ich als defattistischer Soldat hatte, wenn irgendwie von den Wunderwaffen des letzten Weltkriegs gesprochen worden ist.

Was ist nun von diesen 2,5 bis 3 Milliarden Mark für das dritte Quartal 1949 übriggeblieben? Die Reichsbahnleihe, die mit außerordentlich günstigen Bedingungen aufgelegt worden ist, hat nicht, wie erwartet, 500 bis 600 Millionen erbracht; die Reichsbahnleihe hat trotz dieser günstigen Bedingungen ganze 85 Millionen an Zeichnungen derjenigen ergeben, von denen das Geld herausgeholt werden sollte. Der andere Betrag, nämlich 250 Millionen Mark bis zum Gesamtbetrag von 330 Millionen Mark, ist von sogenannten Großzeichnern gezeichnet und von denen aufgebracht worden, die an die Reichsbahn Ansprüche hatten, also der Reichsbahn bereits Kredit gewährt hatten. Alle Kredite irgendwelcher Lieferbetriebe der Reichsbahn in den letzten Monaten sind durch die Reichsbahnleihe jetzt in einen langfristigen Kredit umgewandelt worden, der aber der Reichsbahn bereits nicht mehr zur Verfügung steht. Es sind also 250 Millionen Mark, die im dritten Quartal an der von Herrn Dr. Erhard aufgezeigten Summe fehlen. Die Reichsbahn ist nicht in der Lage, ein neues Auftragsprogramm aufzustellen; das wäre mit einer der ersten Voraussetzungen gewesen, um den Arbeitsmarkt wesentlich zu entlasten.

In den 2,5 Milliarden Mark, die Herr Dr. Erhard angekündigt hat, stecken nach seiner eigenen Rechnung 300 Millionen, die aus der deutschen Eisen- und

**(Drehjel (SPD))**

früher als Selbstfinanzierung zur Verfügung gestellt werden sollten. Es steht heute bereits fest, daß die gesamtdeutsche Eisenindustrie ganze 35 Millionen Mark für das dritte Quartal zur Verfügung stellen kann.

Ich rufe den Herrn Arbeitsminister als Zeugen an, daß in dieser Rechnung 300 Millionen, ja sogar 300 bis 400 Millionen Mark aus dem Arbeitsstock eingefügt waren. Es steht aber heute ebenfalls fest, daß im dritten Quartal lediglich über etwa 18 Millionen Mark aus dem Arbeitsstock verfügt werden kann.

Meine Damen und Herren, das sind einige wenige Punkte dieses Investitionsprogramms. Wir wissen ja bereits, daß dieses Investitionsprogramm für das dritte Quartal zusammengebrochen ist und daß die Hoffnung, es würde bereits im dritten Quartal eine wesentliche Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt eintreten, zerschanden geworden ist. Nun ist ein neues Programm für das laufende Jahr 1949/50 angekündigt, und zwar in Höhe von 7 Milliarden. Bis heute hat Herr Dr. Erhard noch nicht verraten, wie er diese 7 Milliarden Mark aufbringen will.

Ich möchte in diesem Zusammenhang vor etwas warnen. Wir haben uns nach der Währungsreform schon einmal zu sehr auf den Marshallplan verlassen,

(sehr richtig! bei der SPD)

und die fehlgeleitete Wirtschaftspolitik des Herrn Professors Dr. Erhard beruhte wesentlich auf dieser Fehlspekulation. Tatsächlich hat sich ja dann herausgestellt, daß die Marshallplanlieferungen, gemessen an den in Schwung gesetzten Verhältnissen, leider etwas zu spät eintrafen; die Rohstoffe trafen erst im Spätherbst 1948 ein, als diese Entwicklung in Deutschland bereits längst davongelaufen war. Es ist eine außerordentliche Gefahr, wenn man sich bei dem Investitionsprogramm, das durchgeführt, das entsprechend berechnet, und geplant werden muß, zu sehr auf die ERP-Mittel, auf den Gegenwertfonds aus den ERP-Mitteln verläßt. Seit Wochen geht das Ringen um diese ERP-Mittel hin und her, und bis heute weiß noch kein Mensch, was im laufenden Jahre 1949 aus den Gegenwerten der Gesamtlieferungen des Marshallplans herauskommen wird.

Meine Damen und Herren! In Deutschland ist ohne Zweifel eine zu geringe Kapitaldecke vorhanden. Der Versuch, diese Kapitaldecke aus eigenen Mitteln zu erweitern, muß meiner Auffassung nach in der Zukunft mit ganz anderen Mitteln unternommen werden als bisher. Eine zu geringe Kapitaldecke führt in der freien Marktwirtschaft immer zu hohen Zinssätzen für ausgeliehene Gelder. Aber ich frage nun: Muß denn das so sein angesichts des Zustandes, den wir heute in unserer deutschen Wirtschaft haben, wenn der Sparer für eingelegte Gelder heute noch 3 Prozent bekommt? Da sind es auf der anderen Seite doch unberechtigte Zinssätze, die tatsächlich verlangt werden und sich in der Wirtschaft ja ohne Zweifel preisverteuernd auswirken müssen. Wir haben in einer der letzten Sitzungen des Bauausschusses festgestellt, daß von den privaten Versicherungsgesellschaften bereits wieder Darlehen, langfristige und kurzfristige Kredite, ausgeben werden, und zwar zu einem Zinssatz von

7½ Prozent. Es wäre meiner Auffassung nach der Zeitpunkt gekommen, in dem man auf dem Wege einer Aufsicht auch in finanzieller Beziehung etwas nachsehen und dafür sorgen sollte, daß das in der Wirtschaft tatsächlich vorhandene Geld zu angemessenen Bedingungen der Wirtschaft zur Verfügung gestellt wird. Es ist ganz klar, daß derartige Gelder für die dringendsten Arbeiten in unserer Wirtschaft, ja selbst für einen Unternehmer, der heute gezwungen ist, zu kalkulieren, nicht mehr greifbar sind; sie sind eben nur für diejenigen greifbar, die in der Lage sind, entsprechend ihrem Industriezweig oder ihrem Betrieb diese hohen Zinssätze irgendwie auf die Produktion umzulegen. Dann haben wir aber wieder das gleiche Bild: daß wir Preise bekommen, die von dem Großteil der Bevölkerung einfach nicht gezahlt werden können, daß eine Verteuerung der Produkte eintritt.

Dieses System der Freiheit auf allen Gebieten, auch auf dem Gebiete der Finanzpolitik im privaten Leben, führt dazu, daß die Gelder nicht dorthin fließen, wo sie am besten arbeitsintensiv angewendet werden könnten, nämlich im Wohnungsbau. Wir bekommen auf diese Art und Weise keine Wohnungen zu ertäglichen Mietsätzen.

Es kommt noch eines hinzu. Diese Diskrepanz zwischen den Zinsen für hingegebene Gelder, also für Spargelder, und den Zinsen für ausgeliehene Gelder trägt keineswegs zur Hebung des notwendigen Sparwillens in unserer Wirtschaft bei. Es ist doch das Wesentliche, daß, wenn auf privatem Wege derartige Zinsen zu erreichen sind, kein Mensch daran denkt, sein Geld auf normalem Wege in einem Sparvertrag und dergleichen anzulegen. Auch hier besteht also eine Gefahr, die sich ja bereits bei der Reichsbahnleihe ausgewirkt hat.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch ein Wort zur Kredittfrage, insbesondere in Bezug auf bayerische Verhältnisse! Die Regierung sollte endlich übergehen zu einer gewissen zentralen Planung der Kreditgebung innerhalb eines einzigen Ministeriums. Ich will hier nicht an das erinnern, was in den letzten Wochen an sogenannten Skandalen durch die Zeitungen gegangen ist. Aber es kommt in unserer jetzigen Situation, arbeitsmarktpolitisch gesehen, tatsächlich auf die kleinsten Beträge an, die irgendwie auf dem Kreditwege ausgegeben werden. Bei der Beschränktheit der vorhandenen Mittel kommt es doch nirgends auf die maximale Größe an, sondern es kommt immer auf die optimale Wirkung an, die durch einen Kredit ausgelöst wird. Ich zweifle daran, daß die verschiedensten Beamten und sonstigen Kräfte in den betreffenden Stellen, auch in den bayerischen Ministerien, die notwendigen Voraussetzungen haben, um diese Kredite arbeitsmarktpolitisch entsprechend lenken zu können. Wenn ich z. B. in den letzten Tagen erfahren habe, daß es auf dem Wege eines Flüchtlingskredits einem Menschen ermöglicht worden ist, eine nicht notwendige Zeitung herauszugeben, daß eine Abteilung im Flüchtlingssekretariat Herrn Goehendorff einen Betrag von 3000 Mark als Flüchtlingskleinkredit zur Herausgabe einer Zeitung, „Der Neubürger“ zur Verfügung gestellt hat, dann bezweifle ich, daß von dieser Stelle die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechend berücksichtigt worden sind, wie dies eigentlich hätte geschehen sollen.

(Dr. Sinnert: 3000 Mark?)

(Drehsel [SPD])

— 3000 Mark.

(Dr. Ginnert: Damit kann er doch nichts anfangen!)

— Damit kann er sicher keine Zeitung herausgeben. Aber er wird diese 3000 Mark ohne Zweifel zu einem ganz anderen Zweck verwendet haben, den es eventuell nachzukontrollieren gilt.

(Dr. Ginnert: Sehr richtig! Das habe ich gemeint. — Zuruf des Abgeordneten Bickleder.)

— Na, vielleicht ist das der volkswirtschaftliche Zweck.

Meine Damen und Herren! Solche kleine Beträge sind zweifellos in der Vergangenheit schon sehr oft hingegen worden.

(Dr. Kroll: Das werden Sie bei keiner Planung vermeiden können!)

— Herr Kollege Dr. Kroll, auch das läßt sich vermeiden; es sieht zu sehr nach irgendwelchen persönlichen Beziehungen zwischen dem Kreditsuchenden und der kreditgewährenden Stelle aus. Solche Verbindungen können ja in der Privatwirtschaft auch nicht ausgenutzt werden; denn ich glaube kaum, daß eine Bank in der Lage gewesen wäre, einen solchen Kredit zu einem derartigen Zweck zu geben.

Der Herr Wirtschaftsminister ist eben nicht hier. Ich hätte ihn sehr gerne angesprochen, und zwar gerade wegen dieser Kreditlenkung, die wir auch in Bayern dringend notwendig haben. Ich habe vor Wochen hier in einer kurzen Anfrage nach dem Investitionsplan gefragt, der vom Bayerischen Wirtschaftsministerium aufgestellt und an die Bizone weitergegeben worden ist. Bei der Beantwortung dieser Anfrage hat uns damals der Herr Wirtschaftsminister versprochen, er werde zum mindesten dem Wirtschaftsausschuß des Bayerischen Landtags Gelegenheit geben, Einblick in diesen Investitionsplan, der ja auch wieder auf dem bizonalen Investitionsplan beruht, zu tun. Aber bis heute haben wir von diesem Investitionsplan noch keine Kenntnis. Ich sage an dieser Stelle ganz offen, es ist für die Zukunft nicht möglich, daß nur einzelne Beamte in den verschiedensten Ministerien die Kreditplanung vornehmen. Denn sie sind nicht in der Lage, alles zu überblicken. In einer solchen Situation müssen eben alle Kräfte zusammengefaßt werden. Ich glaube, daß doch auch innerhalb des Parlaments Kräfte vorhanden sind, die in der Lage sind, diese Investitionsmaßnahmen zu beurteilen und die gerade aus der arbeitsmarktpolitischen Situation heraus ermessen können, ob nun die beabsichtigten Kredite tatsächlich an diesen oder an einen anderen Betrieb gegeben werden sollen. Das ist gerade das Wesentliche, daß dem Parlament Gelegenheit gegeben wird, einen Überblick über die Maßnahmen zu erhalten, die die gesamte Industrie vor hat. Denn es ist doch in Wirklichkeit so, daß auch in der Industrie Kräfte vorhanden sind, die unter allen Umständen auf eine Ausweitung ihres Produktionsapparates ausgehen, die manchmal arbeitsmarktpolitisch gesehen eigentlich nicht notwendig ist, so daß die Mittel vielleicht an einer anderen Stelle besser angewendet werden könnten.

Herr Wirtschaftsminister, Sie haben mir vorhin den Einwand gemacht, daß dieser Investitionsplan eine

bizonale Angelegenheit ist. Ich möchte sagen, die gesamte Wirtschaftspolitik war vielleicht in den vergangenen 12 Monaten in einer Beziehung zu sehr eine bizonale Angelegenheit. Die einzelnen Länder hätten gut daran getan, wenn sie bei der Auswahl der Personen, die immerhin mit an der Durchführung dieser Wirtschaftspolitik arbeiten können und zum Teil auch für diese Wirtschafts- und Finanzpolitik verantwortlich sind, nach verschiedenen Gesichtspunkten und besser vorgegangen wären. Die Finanzpolitik der Länder war in den vergangenen Jahren nicht immer nach den Wünschen der Wirtschaft. Ich kann mir vorstellen, daß die Finanzpolitik der Zentralbank in Frankfurt auch nicht immer nach den Wünschen des bayerischen Ministeriums gewesen ist. Wenn man sich aber die Zusammensetzung des Beirats der Zentralbank einmal ansieht und dort in der Mehrzahl als Mitglieder alte Reichsbankkonten findet, dann braucht man sich über die Entwicklung der Finanzpolitik, die von der Zentralbank betrieben wird, manchmal nicht wundern. Es wäre Aufgabe der Länder, entsprechend ihrer Macht, die sie ja als Regierung ausüben können, auf die entsandten Vertreter einen entsprechenden Einfluß auszuüben, um die Maßnahmen der Zentralbank eventuell etwas zu beeinflussen.

Ich komme noch einmal auf die Kreditrestriktionen, die leider im Spätherbst des Jahres 1948 zu spät eingeleitet worden sind, ebenso wie auch die Lockerung der Kreditrestriktionen im Frühjahr dieses Jahres zu spät angefaßt wurde. Da liegt der Keim für die Fehler der Wirtschaftspolitik, die in den vergangenen 12 Monaten gemacht worden sind. Es hat keinen Zweck, vielleicht nur aus irgendwelchen parteipolitischen Gesichtspunkten heraus den bösen Willen aufzubringen, wirtschaftspolitische Maßnahmen zu kritisieren. Was ich eingangs gesagt habe, daß die tatsächliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt uns zu ernster Sorge Veranlassung gibt, das ist der einzige Beweggrund, der mich an diese Stelle geführt hat. Das ist der einzige Beweggrund, der die Sozialdemokratie veranlaßt hatte, die Regierung über die Maßnahmen zu befragen,

(sehr richtig! links)

die sie angesichts der Entwicklung der Wirtschaftspolitik in den letzten zwölf Monaten und angesichts der Tatsachen, die wir vor Augen haben, für die kommenden Monate vorhat. Es wird viel von den Maßnahmen der einzelnen Länder abhängen; denn wenn man vorbeachtet mit 1¼ Millionen Arbeitslosen in der Bizone und vorbelastet mit über 350 000 Arbeitslosen in Bayern in den kommenden Winter hineingeht, dann wird sich aus dem saisonmäßigen Zuwachs eine Arbeitslosigkeit im Winter ergeben, die tatsächlich den Grundstock legt zu einer Radikalisierung der breiten Massen, zu einer Radikalisierung, die das politische Leben in Deutschland ungünstig beeinflussen kann, und zwar so ungünstig, daß es keiner Partei in Westdeutschland angenehm sein wird, weder der Sozialdemokratischen Partei noch der Christlich-Demokratischen Union noch auch der Freien Demokratischen Partei.

(Dr. Ginnert: Ganz gewiß nicht! — Beifall bei der SPD.)

I. Vizepräsident: Es folgt der Herr Abgeordnete Trepte.

**Treppe (CSU):** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Angesichts der vorgerückten Zeit halte ich es für zweckmäßig, mich möglichst kurz zu fassen. Ich möchte aber gleich eingangs bemerken, daß man dieses schwere Problem leidenschaftslos aufziehen muß, daß wir über die Parteischränken hinweg uns die Hände reichen müssen, um es zu meistern. Wir gehen einer außerordentlich ernsten Zeit entgegen. Darüber besteht kein Zweifel. Aber nichtsdestoweniger möchte ich gleich eingangs meiner Ausführungen darauf hinweisen, daß nicht nur in Bayern die Arbeitslosigkeit gestiegen ist, sondern daß sich zum Beispiel in Schleswig-Holstein und Niedersachsen die Arbeitslosenziffer gegenüber dem Vorjahr verdoppelt hat. Sie beträgt dort 7 Prozent gegenüber 3,9 Prozent in Bayern. Der Herr Staatsminister hat schon darauf hingewiesen, daß der verlorene Krieg eigentlich die Ursache unseres derzeitigen Notstandes ist. Das ist richtig. Vergessen wir nicht: Wir haben ein Viertel unserer Gebiete verloren. Wir haben Oberschlesien verloren, wir haben die Absatzmärkte verloren. Wir waren zehn Jahre abgesperrt vom Ausland. Wir müssen die Absatzmärkte erst wieder bekommen, wir haben eine devisenparende und devisenbringende Schifffahrt verloren. Wir haben Demontagen. Ich bitte Sie auf der Linken: Sorgen Sie bei Ihren Freunden in England dafür, daß die Demontagen aufhören! Denn auch sie tragen viel zur Arbeitslosigkeit bei.

Herr Kollege Dr. Hille hat auf die Wirtschaftszeitung hingewiesen. Wir wissen, daß es Arbeitslosigkeit aus den verschiedensten Ursachen gibt. Wir kennen vor allem die Saisonarbeitslosigkeit; wir kennen eine Fluktuationsarbeitslosigkeit, wir kennen eine Arbeitslosigkeit als Folge einer Ausweitung der Arbeitnehmerschicht. Wir müssen eine konjunkturelle und eine strukturelle Arbeitslosigkeit hinnehmen. Darüber ganz kurz einige Worte.

Zunächst steht fest, daß von einer saisonmäßigen Arbeitslosigkeit nicht gesprochen werden kann, wenn auch feststeht, daß wir in Bälde mit einem größeren Abbau in der Landwirtschaft und leider Gottes auch im Baugewerbe rechnen müssen. Auch von Fluktuationsarbeitslosigkeit kann keine Rede sein; denn die Arbeitnehmer haben an und für sich heute das Bestreben, möglichst lange in ihren Stellen zu bleiben. Eine Arbeitslosigkeit infolge der Ausweitung der Arbeitnehmerschichten ist zeitweise nach der Währungsreform aufgetreten, besonders in den Frauenberufen. Hinzu kommt natürlich der große Zustrom der Flüchtlinge, der Kriegsgefangenen und illegalen Grenzgänger. Vergessen wir nicht, daß wir zur Zeit in Bayern allein noch über 36 000 Ausländer beschäftigten, dazu 5000 illegale Grenzgänger! Das sind weit über 40 000, die natürlich den Arbeitsmarkt schon mehr oder weniger beeinflussen. Ferner ist zu beachten, daß nach den Schulentlassungen neuerdings wieder über 40 000 Lehrstellenanwärter unterzubringen sind, denen leider nur 9200 offene Stellen gegenüberstehen. Herr Kollege Dr. Hille hat auf die Selbständigen hingewiesen, die jetzt allmählich ebenfalls auf den Arbeitsmarkt drängen.

Am stärksten ist zur Zeit die konjunkturelle Arbeitslosigkeit in die Erscheinung getreten. Darüber besteht für mich als Fachmann kein Zweifel. Mit ihr haben wir uns ganz kurz zu befassen. Der

Schwerpunkt liegt gegenwärtig in den industriellen, gewerblichen und Büro-Berufen. Die vom Arbeitsministerium herausgegebene Statistik besagt, daß wir allein bei den Metallarbeitern 38 000 Arbeitslose haben, bei den Baufacharbeitern über 20 000, bei den Bauhilfsarbeitern über 57 000. In den Angestelltenberufen sind mehr als 76 000 stellenlose Angestellte zu verzeichnen. Das ist ein außerordentlich trübes Bild. Greift man das Baugewerbe als Schlüsselindustrie heraus, so muß festgestellt werden, daß saisonmäßige Einflüsse nicht vorhanden sind. Wir haben es hier mit einer echten Arbeitslosigkeit infolge Arbeitsmangels zu tun. Sie ist auch im Handwerk besonders in Erscheinung getreten. Die Ursache ist also ein konjunktureller Rückgang. Dies beweist die Verschlechterung der gesamten Lage. Ganz kurz darüber einige Zahlen. An offenen Stellen haben wir nur noch 62 000 gegenüber 73 000 im Vorjahr zu verzeichnen. Vor der Währungsreform im Juni 1948 gab es für Männer 109 000 offene Stellen — ungedeckte Kräfte — und 52 000 offene Stellen für Frauen. Im Juni dieses Jahres sind nur mehr 15 000 offene Stellen für Männer und 13 000 offene Stellen für Frauen — ungedeckte Kräfte — vorhanden. Dabei ist zu beachten, daß von diesen offenen Stellen 61 Prozent für Männer und 46 Prozent für Frauen allein auf die Landwirtschaft fallen. Ich bitte dann ferner nicht außer acht zu lassen: Wir haben zur Zeit 2 323 000 Beschäftigte, also 600 000 mehr als 1939.

Als stärkster Beweis für die konjunkturelle Arbeitslosigkeit dürfte vielleicht die Ziffer der Hauptunterstützungsempfänger dienen. In der Arbeitslosenversicherung haben wir zur Zeit allein 127 000 Unterstüzte, in der Arbeitslosenfürsorge 97 000 Unterstüzte. Unter den Hauptunterstützungsempfängern sind 33 Prozent Flüchtlinge und unter den durch die Arbeitslosenfürsorge Unterstüzten 43 Prozent Flüchtlinge. Innerhalb der Arbeitslosenfürsorge zählen wir aber bereits wieder 73 Prozent Ausgesteuerte. Das heißt mit anderen Worten, daß mehr als 200 000 Arbeitslose aus langfristiger Beschäftigung herausgekommen sind, die ursprünglich Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung im Rahmen von 13, 20 oder 26 Wochen hatten. Nach meinem Dafürhalten beweist dieser Tatbestand, daß die Lage nach der Richtung hin außerordentlich ernst geworden ist.

Ich möchte noch auf einen Übelstand hinweisen. Gestern hat das hohe Haus 50 Millionen Mark an Unterstüzungen für die Arbeitslosenfürsorge bewilligt. Dieser Betrag wird, glaube ich, nicht ausreichen, sondern bis zum Frühjahr bestimmt verdoppelt werden müssen. Denn es zeigt sich jetzt ein umgekehrtes Bild. Wir hatten im März 56 000 Arbeitslosenfürsorgeempfänger gehabt, im Juni 97 000, und im Juli werden wir bereits die Zahl 100 000 überschritten haben. Angenommen, die Ziffer der Hauptunterstützungsempfänger ändert sich nicht, so steht fest, daß die Arbeitslosenfürsorge progressiv steigt. Bei den Arbeitslosenfürsorgeempfängern handelt es sich vorwiegend um Ausgesteuerte, Flüchtlinge und Heimkehrer. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß wir Mittel und Wege suchen müssen, um diese Einrichtung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten.

Ich habe schon eingangs darauf hingewiesen, daß es eventuell auch eine Arbeitslosigkeit infolge von Arbeitssteigerung geben kann. Die Leistungsquote je Arbeitsstunde ist von 59 Prozent im Juni 1948 auf 75 Prozent im Juni 1949 gestiegen, die Leistungsquote je Arbeiter von 47 Prozent auf 66 Prozent, eine

**(Treppe [CSU])**

Folge gesteigerten Arbeitswillens und einer Gott sei Dank endlich geregelten Ernährungslage.

Noch ganz kurz die Folgen der strukturellen Arbeitslosigkeit. Hier schon können wir besonders in Niederbayern und im südlichen Flügel der Oberpfalz ein Lied singen. Wir waren die Eingangspforte für die Flüchtlinge aus dem Sudetengau. Hier wurde alles plöblich hineingeschoben und hineingestaut. Die Folge davon ist, daß wir in Niederbayern nicht nur die höchste Erwerbslosenziffer in ganz Bayern zu verzeichnen haben, sondern daß auch die Berufsfremden die höchste Ziffer aufzuweisen haben. Das heißt mit anderen Worten: Die Hereingeschleusten konnten in ihrem Beruf nicht untergebracht werden und mußten zunächst einmal berufsfremd eingesetzt werden. Das sind mehr als 20 000, in ganz Bayern zur Zeit 72 000. Wir haben, wie Ihnen bekannt ist, 575 000 Flüchtlinge beschäftigt, von denen 144 000 arbeitslos sind. Nach der Richtung hin wird eine Umschichtung notwendig sein, die aber nur dann möglich ist, wenn der Wohnungsbau gerade in den Städten gefördert wird, wo die Möglichkeit ihrer Unterbringung besteht. Es ist aber interessant — ich habe leider die Akten nicht dabei —, daß gerade München und Nürnberg die höchste Ziffer an Heimatvertriebenen aufnehmen konnte, ein Beweis dafür, daß in diesen Städten Gott sei Dank die gut beschäftigte Industrie dies ermöglichte.

Es bedarf keiner weiteren Überlegung, daß uns die fortdauernde Arbeitslosigkeit außerordentliche Sorge macht. Allein von den kaufmännischen Angestellten, die sich, wie ich schon erwähnte, auf 76 000 belaufen, sind über 30 Prozent länger als drei Vierteljahre arbeitslos — ein äußerst düsteres Bild, das natürlich zu größter Beunruhigung Anlaß gibt.

Wenn man dann weiter berücksichtigt, daß wir zur Zeit 17 000 Kurzarbeiter haben und noch im vergangenen halben Jahr allein 13 000 schweres äd igit e unterbringen konnten, und zwar trotz der vorhandenen Krise, so ist das nach meinem Dafürhalten ein Beweis, daß die Wirtschaft gerade nach der Richtung hin Verständnis gezeigt hat. Das bitte ich zu beachten. In dieser Hinsicht möchte ich der Wirtschaft meine Anerkennung nicht versagen.

Schließlich will ich die Maßnahmen herausstellen, die ich auf Grund meiner praktischen Erfahrungen für notwendig halte, nämlich vor allen Dingen eine vernünftige Kredit- und Investitionspolitik, und zwar meine ich langfristige Kredite, Herr Finanzminister. An den Herrn Wirtschaftsminister möchte ich die dringende Bitte richten, gerade nach der Richtung hin alles zu tun. Wir haben noch einzelne Betriebe draußen, besonders auch bei uns in Niederbayern, die auf Grund ihrer sozialen Einstellung monatelang Hunderte von Arbeitern und Angestellten durchgeschleppt haben, mit dem Ergebnis, daß Firmen eines Tages plöblich zusammengebrochen sind. Es ist nicht so einfach, meine Damen und Herren, wenn man in der Woche etwa zwei oder drei Sitzungen mit Betriebsräten und Unternehmern abhalten muß, um zu erwägen, wie man ihnen diese Last abnehmen kann, und zu prüfen, welche Arbeiter man zuerst entlassen soll, ob Heimkehrer, Schwerbeschädigte und Heimatvertriebene einerseits oder langfristige, seit 20, 25 und 30 Jahren Beschäftigte

auf der anderen Seite. Wenn man dann solche ergraute Männer vor sich sieht, krampft sich einem das Herz zusammen.

(Dr. Linnert: Sehr richtig!)

Man möchte helfen und soll helfen und muß helfen. Denn ich stehe auf dem Standpunkt und habe meine Tätigkeit immer so aufgefaßt, daß ich sofort wieder hinausgehen muß zu meinen Betrieben, sobald mir der Landtag Zeit dazu läßt, um mit ihnen die Sorgen zu beraten, die sie auf dem Herzen haben. Das ist mir wiederholt gelungen und ich danke dem Ministerium für die entsprechende Unterstützung. Aber es muß mehr geschehen. Besonders an Sie, Herr Finanzminister, richte ich die Bitte, zu helfen. Wer schnell gibt, gibt doppelt! Die Kreditanträge bleiben manchmal lange, sehr lange liegen, obwohl sie genehmigt sind. Ich bitte Sie, sich dafür einzusetzen, daß die Abwicklung rascher vor sich geht.

Jedenfalls ist es jetzt zwingend notwendig — und damit komme ich zum Schluß —, den Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge so rasch wie möglich durchzuführen. Wir haben zur Zeit in Bayern nur 6000 Notstandsarbeiter beschäftigt. Das sind erwerbslose Arbeiter, die in der produktiven Arbeitslosenfürsorge eingesetzt werden können. Es sind aber zu wenig bei 125 Maßnahmen. In dieser Hinsicht bitte ich auch die Herren Landräte, ihrerseits ebenfalls für eine Beschäftigung zu sorgen. Sie haben schlechte Straßen, es erweisen sich Meliorationen, Maßnahmen für Hochwasserschutz als nötig usw. Auch Siedlungsgenossenschaften wurden draußen gegründet. Alle diese Arbeiten können gefördert werden, teilweise mit einfacher Förderung durch drei, vier, fünf Mark verlorenen Zuschuß, teilweise sogar mit Darlehen. Wir haben in Landshut das Glück, zur Zeit größere Arbeiten durchführen zu können. Wir hatten auf die Beschäftigung einiger tausend Arbeiter gehofft. Aber alles war enttäuscht — selbst das Bayernwerk —, als die riesigen Krane und Traktoren kamen. Die Folge davon war, das Hunderte von Arbeitern weniger eingesetzt werden konnten. Für den Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge bitte ich alles zu tun und Mittel von seiten des Staates bereitzustellen. Ich erwarte, daß künftig Bayern in Bonn in dieser Hinsicht mehr denn je unterstützt wird, um der Gefahr größerer Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten. Wir stehen ja schon kurz vor dem Herbst. Wenn jetzt noch die Saisonarbeitslosigkeit dazukommt, dann sehe ich schwarz. Um dem abzuwehren, gibt es zunächst nur zwei Wege:

1. Ausreichende Bewilligung von Krediten für die Betriebe,
2. möglichste Forcierung und Durchführung von Notstandsarbeiten.

**Präsident:** Es sind noch vier Redner zum Wort gemeldet, nämlich die Abgeordneten Wilhelm, Dr. Kroll, Piehler und Dr. Beck. Ich nehme an, daß sie nicht mehr allzu viel Zeit benötigen werden. Wenn sie gesprochen haben, beabsichtige ich die Beratungen heute zu beenden. Ich schlage dem hohen Hause vor, die nächste Sitzung am Dienstag, den 26. Juli, vormittags 9 Uhr, abzuhalten, und zwar mit folgender Tagesordnung: Feiertagsgesetz, Jagdgesetz, Rest der Tagesordnung.

(Zietsch: Zur Geschäftsordnung!)

— Bitte!

**Ziessch (SPD):** Herr Präsident, ich glaube nicht, daß wir am Dienstag schon um 9 Uhr beginnen können. Die einzelnen Fraktionen werden zweifellos noch einmal eine Fraktionsitzung ansetzen. Ich schlage vor, um 8 Uhr zu beginnen und gegebenenfalls eine Nachtsitzung vorzusehen. In dem Sinne müßte aber gleich disponiert werden.

**Präsident:** Gut, ich bin auch damit einverstanden!

(Dr. Linnert: Um 2 Uhr! — Stock: Um 2 Uhr ist Zwischenauschuß!)

Herr Abgeordneter Dr. Stang!

**Dr. Stang (CSU):** Meine Herren! Wir haben heute früh in einer interfraktionellen Besprechung zwischen uns und der SPD vereinbart, daß am kommenden Dienstag nachmittags zwei Uhr der Zwischen-aus-schuß zu einer vorbereitenden Besprechung zusammentreten soll, um die Aufgabe zu erfüllen, die ihm vom Plenum übertragen worden ist, nämlich einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Ich bin schon der Meinung, daß man dem Zwischenauschuß auch eine Zeit geben soll, um diesen Auftrag zu erledigen.

(Zuruf: Dafür reicht eine halbe Stunde!)

**Präsident:** Der Zusammentritt des Zwischenaus-schusses kann am Dienstag um 2 Uhr nachmittags erfolgen. Aber die Fraktionsitzungen könnten meines Erachtens vielleicht doch am Montag nachmittag stattfinden, so daß wir mit den Plenarberatungen bereits am Dienstag um 9 Uhr beginnen und dann bestimmt am Mittwoch um 12 Uhr fertig werden könnten. Für Nachtsitzungen bin ich nicht.

(Dr. Linnert: Keine Nachtsitzung!)

— Es ist doch besser, wir fangen am Dienstag um 9 Uhr an, sonst kommen wir erneut in Schwierigkeiten.

(Stock: Ich muß aber darauf aufmerksam machen, daß wir schon verschiedene Ausschüsse festgelegt haben, die am Montag nachmittag und Dienstag früh tagen.)

Herr Abgeordneter Dr. Hundhammer!

**Dr. Hundhammer (CSU):** Die Fraktion der CSU will ebenso wie die der SPD am Dienstag vormittag eine Fraktionsitzung abhalten. Darum schlage ich vor, das Plenum erst am Dienstag nachmittag tagen zu lassen; ob um 2 Uhr oder um 1/23 Uhr, möge der Präsident entscheiden. Ich nehme an, daß der Zwischen-ausschuß die paar Vertreter leicht in einer halben Stunde wählen kann. Sonst soll ja im Zwischenauschuß noch nichts verhandelt werden. Das Plenum könnte also spätestens um 1/23 Uhr beginnen.

**Präsident:** Der Landtag läßt sich wegen der sonstigen Verpflichtungen, die die verschiedenen Abgeordneten haben, nicht mehr lange zusammenhalten, so daß wir das Tagesordnungspensum erledigen müssen. Es muß also dann für Dienstag eine Nachtsitzung in Aussicht genommen werden. Ist das Haus damit einverstanden?

(Zuruf.)

Herr Abgeordneter Ziessch!

**Ziessch (SPD):** Ich halte es nur noch für möglich, das Feiertagsgesetz und das Jagdgesetz zu beraten und empfehle sonst nichts auf die Tagesordnung zu setzen.

(Dr. Linnert: Zur Geschäftsordnung!)

Herr Abgeordneter Dr. Linnert!

**Dr. Linnert (FDP):** Wir haben noch ein Gesetz zu verabschieden, nämlich das Gesetz über die Kassenärztlichen Vereinigungen. Aber das wird das Haus nicht lange beanspruchen.

**Präsident:** Es sind noch einige dringende Gesetze da, wie zum Beispiel das Gesetz über den sozialen Wohnungsbau und das Verwaltungsgerichtshofsgesetz.

(Dr. Linnert: Das Gesetz über die Kassen-ärztlichen Vereinigungen!)

— Meine Damen und Herren, reden wir nicht lange darüber! Ich bin der Meinung, daß wir das Dringendste erledigen müssen. Was dann noch übrig bleibt, erledigt sich voraussichtlich wohl debattelos. Aber ohne Nachtsitzung werden wir nicht auskommen.

Ich darf also folgendermaßen disponieren: Das Plenum tagt am Dienstag, den 26. Juli, von 14.30 Uhr bis etwa 18 1/2 Uhr und hält von 20 Uhr bis etwa 23 Uhr eine Nachtsitzung. Am Mittwoch früh können wir vielleicht sogar um 8.30 Uhr beginnen, so daß wir gegen 12 Uhr fertig werden. Diese Disposition steht fest.

Eine gesonderte Tagesordnung gebe ich nicht mehr hinaus; denn Sie wissen ja Bescheid.

(Dr. Linnert: Nein, Herr Präsident, das Gesetz über die Kassenärztlichen Vereinigungen steht nicht auf der Tagesordnung!)

— Das nehme ich heute noch mit auf die Tagesordnung und es besteht wohl kein Widerspruch, daß es dann in der nächsten Sitzung behandelt wird. — Das Haus ist damit einverstanden.

Herr Abgeordneter Brunner!

**Brunner (FDP):** Herr Präsident, ich glaube, es ist doch nötig, eine Tagesordnung auszugeben. Verschiedene Herren sind heute nicht anwesend und wissen nicht, was geplant ist.

**Präsident:** Wir setzen das Feiertagsgesetz und das Jagdgesetz auf die Tagesordnung, ferner die übrigen noch zu erledigenden wichtigen Gesetze und den Rest der Tagesordnung dieser letzten Sitzungen sowie das Gesetz über die Kassenärztlichen Vereinigungen. Damit ist diese Frage erledigt.

Wir fahren in der Besprechung der Interpellation fort.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wilhelm.

**Wilhelm (SPD):** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wohnungsbau und Arbeitslosigkeit scheinen die beiden Probleme zu werden, mit denen sich der bayerische Staat in Zukunft mehr oder weniger beschäftigen muß. Der Grund unserer heutigen Interpellation ist die Sorge, mit der die Sozialdemokratische Partei bereits seit längerer Zeit die gegenwärtige Entwicklung verfolgt. Nach den Ausführungen des stellvertretenden Herrn Ministerpräsidenten zur Beantwortung der Interpellation scheint in Bayern eigentlich alles in schönster Ordnung zu sein. Es will mir scheinen, als würde auch von den amtlichen, regierenden Stellen die heutige Situation noch nicht mit dem Ernst erfaßt, mit dem sie eigentlich erfaßt werden sollte. Symptomatisch für die Entwicklung ist die Tatsache, daß im Hochsommer 1948 noch ein Rückgang von 4318 Beschäftigten festgestellt werden mußte. Es ist unschwer vorauszusehen, daß wir im kommenden Herbst und Winter einer Entwicklung entgegengehen, die

(Wilhelm [SPD])

weder seitens der Regierung noch seitens der Parteien gewünscht wird, falls es naturbedingte Gründe während der kommenden Monate notwendig machen, noch mehr Arbeitskräfte freizusetzen. Eine solche Entwicklung wird uns zwingen, alle Kräfte anzuspannen, um die gesamten Probleme noch einigermaßen meistern zu können.

Die Ausführungen des Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten haben mich an die Ankündigungen des Herrn Wirtschaftsdirektors Dr. Erhard erinnert, der bereits vor längerer Zeit große finanzielle Mittel für den sozialen Wohnungsbau und außerdem für die Wirtschaft zugesagt hat. Aber bis heute ist es nach meinen Feststellungen bei diesen Ankündigungen geblieben. Von all den Millionen, die uns Herr Dr. Erhard versprochen hat, ist bis jetzt noch nichts oder nicht viel in Erscheinung getreten.

Wir von der Sozialdemokratischen Partei halten eine solche Art von Politik für sehr gefährlich, und zwar deshalb, weil man damit Hoffnungen erweckt, die sich nicht erfüllen. Was dann zurückbleibt, ist Enttäuschung und Mißtrauen, was wir gerade in der heutigen Zeit am allerwenigsten brauchen können. Statt des sozialen Wohnungsbaus erreichen wir eine Fortdauer der Wohnungsnot, statt einer Belebung der Wirtschaft eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Für eine solche Wirtschaftspolitik haben wir von der Sozialdemokratischen Partei kein Verständnis. Eine Wirtschaft, die heute in vermehrtem Umfang Betriebs-schließungen vornimmt und Kurzarbeit durchführt, die auch im einzelnen Arbeitskräfte freisetzt, kann weder die gewerbliche noch die industrielle Produktion in irgendeiner Weise verdoppeln, wie Herr Dr. Erhard in München behauptet hat. Eine solche Verdoppelung und ein günstiges Zeichen der Entwicklung der Wirtschaft scheint es auch nicht zu sein, wenn wir heute bereits feststellen müssen, daß die Sozialversicherungsbeiträge in der Wirtschaft vielfach schon durch Zwangsmassnahmen eingebracht werden müssen.

(Dr. Sinnert: Darum hätte man sie nicht so überspannen sollen!)

— Herr Kollege Dr. Sinnert, Sie wissen sehr genau, wenn Sie als Arzt zu dem Problem Stellung nehmen, was alles mit den Sozialversicherungsbeiträgen verbunden ist. Ich glaube, im einzelnen nicht darauf eingehen zu müssen.

Das Fundament einer solchen Wirtschaft kann nach diesen kurzen Feststellungen nicht in Ordnung sein. Eine solche Art von Wirtschaft kann auch in keiner Weise Wirtschaftsregler sein; denn man muß bedenken, daß Hunderttausende von Verbrauchern durch Arbeitslosigkeit, durch Kriegsbeschädigung, durch Alter, Krankheit und sonstige Umstände in ihrem Einkommen derart geschwächt sind, daß sie mehr oder weniger vom Konsum von Gütern überhaupt ausgeschaltet sind. Der Wettbewerb in der Wirtschaft hat sich in der Vergangenheit auf Kosten der Arbeitnehmer und der Verbraucher vollzogen. Es ist auf die Dauer unmöglich, mit einer Wirtschaft weiterzuarbeiten, die zu einem Teil aus Zwangswirtschaft, zum anderen Teil aus freier Wirtschaft besteht. Wir Sozialdemokraten betrachten seit langem diese Entwicklung mit Sorge. Sie wissen, daß die Sozialdemokratische Partei nicht etwa für eine Planwirtschaft, sondern für eine planvoll

gelenkte Wirtschaft eintritt. Wir befinden uns dabei in sehr guter Gesellschaft; denn in einem Land, das zweifellos mit Wirtschaftsgütern besser gesegnet ist als Deutschland, nämlich in Amerika, ist man erst in letzter Zeit dazu übergegangen, diese planvoll gelenkte Wirtschaft einzuführen. Es kann auch gar nicht behauptet werden, daß von den verantwortlichen Stellen versucht worden wäre, eine vernünftige Wirtschaftsgrundlage oder wenigstens die Voraussetzungen zu einer vernünftigen Wirtschaftsgrundlage zu finden. Wir kennen die Vergangenheit, wir kennen die Reichsmarkzeit, wir kennen die Flucht in die Sachwerte, wir wissen, daß von den Arbeitnehmern — obwohl Not und Entbehrung an der Tagesordnung waren — Produkte hergestellt worden sind, die dann nach dem Tag X im Jahre 1948 ohne weiteres dem Konsum zur Verfügung standen. Wir wissen, wie sich feinerzeit der Schwarzhandel und ähnliche bedauerliche Erscheinungen bemerkbar machten.

Wir sprechen von der jetzigen Wirtschaftsform und der Entwicklung der Wirtschaft. Da möchte ich doch fragen: Wenn wirklich die Wirtschaftsentwicklung so gut ist, wie Herr Dr. Erhard sagt und wie sie uns auch der Herr stellvertretende Ministerpräsident hier geschildert hat, wie kommt es denn dann, daß heute so hohe Steuerrückstände vorhanden sind? Und wie ist es dann möglich, daß heute das Gewerbe, der Handel und zum Teil auch das Handwerk nur mehr existieren können, wenn sie infolge der Unkosten bereits von der Substanz zehren? Ist das das Zeichen einer aufstrebenden Wirtschaft? Nach meiner unmaßgeblichen Meinung sind jedenfalls außerordentliche Anzeichen vorhanden, die uns veranlassen sollten, unser Hauptaugenmerk auf Abstellung dieser Dinge zu lenken.

Es wird heute auch ganz gesittentlich übersehen, daß ein außerordentlicher Wille dazu gehörte, im Jahre 1945 die Arbeit zu beginnen. Als damals die Arbeitnehmer vor den Trümmern des Dritten Reiches die Arbeit begannen, haben sie nicht nach dem Ergebnis finanzieller und wirtschaftlicher Art gefragt. Es galt, Not, Trümmer und Elend zu beseitigen. Die Arbeit ist angefangen worden und trotz Hunger, Entbehrung und Entsaugung ist sie bis heute durchgeführt worden. Versetzen Sie sich einmal in die Lage der Menschen, die heute durch eine verfehlte Wirtschaftsform aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet und damit allen wirtschaftlichen Nöten und Schwierigkeiten ausgeliefert werden! Das allerdings ruft einen Konsumverzicht hervor, Herr stellvertretender Ministerpräsident, einen Konsumverzicht, der aber nicht freiwilliger Art ist, sondern der durch die heutige Wirtschaft erzwungen wird. Dieser Konsumverzicht aber wird sich für die Wirtschaft nicht zum Vorteil, sondern zum Nachteil auswirken, wenn die Dinge so weiter verlaufen, wie es anscheinend jetzt der Fall zu sein scheint.

Es ist Pflicht aller verantwortlichen Stellen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und einzudämmen. Durch Versprechungen allein wird weder der Wirtschaft noch den Arbeitslosen geholfen. Diese Versprechungen hören wir jetzt schon seit einigen Wochen. Es wäre besser gewesen, wenn der Herr Wirtschaftsdirektor nicht so laut gesprochen, sondern etwas mehr im Stillen gehandelt hätte. Damit wäre sowohl der Wirtschaft als auch den Arbeitslosen wohl mehr gedient gewesen. Die Gewerkschaften beobachten die Entwicklung, die sich gegenwärtig anbahnt, mit außerordentlicher Sorgfalt. Sie

(Wilhelm [SPD])

beobachten aber nicht allein die Entwicklung, sondern auch die Haltung der verantwortlichen Stellen. Wenn nämlich die Dinge so weiterlaufen wie jetzt, ist der Zeitpunkt voraus zu berechnen, an dem die vom Glend der Arbeitslosigkeit betroffenen Kreise sich durch Worte nicht mehr beschwichtigen lassen. Zur Begründung dieser Behauptung möchte ich auf folgende Gefahren hinweisen. Allen einsichtigen Kreisen ist bekannt, daß die Lage des Landes außerst angespannt ist. Wenn nun die Entwicklung so weitergeht, was soll dann geschehen, wenn der Landesstock nicht mehr in der Lage ist, die heutigen Leistungen an die Arbeitslosen zu tragen, wenn ein Loch entsteht, das auch durch die größten künstlichen Bemühungen in keiner Weise mehr gestopft werden kann? Die aus diesen Verhältnissen sich ergebende Welle wird kein Mensch aufhalten können. Es ist heute bereits mit Betrübnis festzustellen, daß die Einnahmen des Landesstocks wie auch die Einnahmen der Sozialversicherungsträger von Woche zu Woche, von Monat zu Monat systematisch im Rückgang begriffen sind.

Wir wollen heute schon auf diese Gefahren hinweisen, nicht allein deswegen, weil jetzt die Wahlen vor uns stehen. Wir wollen heute bereits auf eine Entwicklung aufmerksam machen, die kommen wird, wenn nicht Maßnahmen ergriffen werden, die eine gründliche Änderung herbeiführen. Wir gehen dabei von der Überzeugung aus, daß es Pflicht aller Verantwortlichen ist, allen, die unverschuldet — sei es durch Arbeitslosigkeit oder aus irgendeinem sonstigen Grund — in Not geraten sind, wieder menschenwürdige Existenzbedingungen zu schaffen.

Ich darf nun kurz auf einzelne Verhältnisse eingehen, nachdem der Herr stellvertretende Ministerpräsident in seiner Antwort auf die Interpellation einige Fragen angechnitten hat.

Die Arbeitslosigkeit besteht vor allem im Baugewerbe. Es ist nicht richtig, wenn heute gesagt wird: Der Wohnungsbau, der soziale Wohnungsbau ist bereits weit vorangetrieben worden. Woher kommen denn dann die Arbeitslosen? Den Löwenanteil an der Arbeitslosigkeit trägt das Baugewerbe mit dem Baunebengewerbe. Es handelt sich nicht darum, daß keine Mittel vorhanden sind, sondern die Mittel, die vorhanden waren, wurden in der Vergangenheit zum Teil in Kanäle geleitet, die nicht für den Wohnungsbau und auch nicht für sonst einen nutzbringenden Zweck Verwendung fanden. Ferner macht sich heute der Mangel an den von uns längst geforderten Bauerleichternden gesetzlichen Bestimmungen bemerkbar. Wir müssen heute mit Bedauern feststellen, daß das Baugesetz, das so notwendig gewesen wäre, erst vor kurzer Zeit den Schoß des Kabinetts verlassen hat. Wir müssen daraus schließen, daß für das heurige Jahr auf dem Baufaktor Grundlegendes nicht mehr geschaffen werden kann.

In der Natursteinindustrie, die für Bayern von ausschlaggebender Bedeutung ist, ist die Situation so, daß sie in kurzer Zeit vollständig stillliegt, und zwar ist der Grund nicht Geldmangel, sondern Auftragsmangel infolge Stilllegung des Baugewerbes. 20 000 Steinarbeiter stehen im östlichen Bayern, von Wegscheid angefangen bis zum Fichtelgebirge, vor der Arbeitslosigkeit.

In der Metallindustrie liegen die Dinge ähnlich. Hierzu kommen noch behördliche Schikanen, die die einzelnen Werke erleiden müssen, weil Behörden manchmal amerikanischer sind als die Amerikaner selbst. Ich will Ihnen einen Fall bekanntgeben. Die Firma Loher, bekannt durch die Herstellung von Elektromotoren, hat im Jahre 1945 im Interesse der Wirtschaft, im Interesse der Reichsbahn, also des Verkehrs, die Produktion wieder aufgenommen. Die amerikanische Militärregierung hat erlaubt, daß diese Firma Aluminium, das in Steyr in Österreich lagerte, und Kugellager von dort für die Produktion verwenden durfte. Dieses Material wurde nach Ruhstorf bei Passau geliefert und von dort aus gingen im Austauschwege Motoren nach Österreich. Die Amerikaner haben das genehmigt. Jetzt kommt plötzlich die Oberste Finanzbehörde und stellt fest, daß hier ein Schmuggel vorgelegen hat. Die Amerikaner, die seinerzeit die Genehmigung erteilt haben, sind nicht mehr da. Die Firma wird mit 26 000 DM bestraft. Im Gegensatz dazu haben im gleichen Moment die entlassenen Arbeitnehmer auf ihren Urlaubsanspruch in Höhe von 9000 DM, der ihnen rechtlich zustand, verzichtet, damit das Werk nicht zum Erliegen kommt. Hier hat die Bürokratie Schwierigkeiten hervorgerufen, die leicht hätten vermieden werden können. Der Herr Wirtschaftsminister wird sich an die Verhandlungen in der Graphitindustrie erinnern. Während ein Werk, das in der Weltrangliste an vierter Stelle steht, mit 450 Mann Belegschaft stillgelegt werden mußte, hat man den Graphit für Gießereien und sonstige Zwecke aus Seoben in Steiermark bezogen, und zwar ist das geschehen, obwohl die angeforderten Mengen bei dem Graphitwerk bereits auf Lager waren.

Die Staatsverwaltung ist nach meinen Feststellungen auch gar nicht auf die Verhinderung der Arbeitslosigkeit eingestellt. Die Begründung „Geldmangel“ ist, das möchte ich einmal sagen, sehr, sehr einfach. Man begründet einfach alles mit Geldmangel, man sagt aber nichts von Geldfelleitungen. Ich greife nur zwei Betriebe heraus, die Staatsforstverwaltung und die Staatsstraßenverwaltung, also die Straßen- und Flußbauämter. Im Staatsforstbetrieb wurde bereits in der Zeit vor 1945 Raubbau getrieben und nach 1945 wurde er durch die Amerikaner noch weiter verschärft. Man denkt aber nicht daran, die Folgen dieses Raubbauens in irgendeiner Form wieder auszugleichen. Die notwendigen Aufforstungs- und Kulturarbeiten werden einfach gestoppt. Grund: „Es ist kein Geld vorhanden!“ Man denkt dabei nicht daran, daß man damit den bayerischen Staatsforsten zweifellos einen Schaden zufügt, der sich im Lauf der kommenden Jahre bitter rächen wird. Man wird auch nicht behaupten wollen, daß die Arbeiten, die jetzt unterlassen werden, in einem Jahr oder in zwei Jahren billiger sind oder weniger Mittel erfordern.

(Zuruf von der CSU: Woher soll das Geld kommen?)

— Auf diesen Zuruf möchte ich doch mit der Frage erwidern: Warum baut man nicht bei der Verwaltung ab, sondern läßt sie in ihrem Umfang bestehen? Wenn heute Geldmangel herrscht, dann baut man immer bei den Arbeitnehmern ab und versucht dadurch die Löcher im Staatsäckel zu stopfen. Jahrzehntlang beschäftigte Staatsarbeiter wurden auf diese Weise auf die Straße

(Wilhelm [SPD])

gesetzt, angeblich weil kein Geld vorhanden ist. Wenn wir uns heute die einzelnen Positionen in den Haushaltsvoranschlägen betrachten, so ist ganz klar ersichtlich, daß da und dort noch Mittel eingespart werden können, um wichtige Arbeiten — es handelt sich doch um bayerisches Volksevermögen — entsprechend ausführen zu können.

Das gleiche gilt für die Straßenverwaltung. Die Straßenverwaltung hat rund 2500 Arbeiter entlassen. Es handelte sich dabei um bewährte Straßenarbeiter, und diese bewährten Kräfte werden irgendwo anders eingesetzt. Und nun, Herr Kollege, hören Sie zu: Bauern und Bauernsöhne, die während der Zeit, wo die Arbeiter um Reichspfennige gearbeitet haben, nicht bei der Straßenverwaltung waren, bewerben sich heute um Arbeit bei der Straßenverwaltung, weil sie diesen Verdienst brauchen, vielleicht als Brotzeitgeld oder so etwas, und in der gleichen Zeit werden Arbeitnehmer, die auf die Arbeit angewiesen sind, ohne weiteres von ihrem Arbeitsplatz freigesetzt. Diese Tatsache festzustellen, ist meine Pflicht als Gewerkschaftler. Wir schlagen uns seit einem Vierteljahr oder einem halben Jahr mit dieser Tatsache herum, um in irgendeiner Form den Interessen der Arbeiterschaft gerecht werden zu können.

(Zuruf des Abgeordneten Kraus.)

— Ja, wenn man sich auf die Freizügigkeit beruft, dann muß das richtig geschehen. Man sagt: Schuster, bleib bei deinem Leisten! Also kann man hier sagen: Landwirt, bleib bei der Landwirtschaft! Für die arbeitslosen Arbeiter muß Geld vorhanden sein zur Gewährung von Arbeitslosenunterstützung. Das sind Beträge, die in die Millionen gehen, und auf der anderen Seite stellt man Arbeitskräfte ein, die in der Landwirtschaft gerade jetzt während der Ernte genug Arbeit und Verdienst finden würden.

Ein weiterer Punkt. Es wurde gesagt, daß so viele Wasserbauarbeiten und Kultivierungsarbeiten durchgeführt werden. Wir wissen, daß in Bad Abbach bei Regensburg die dortigen notwendigen Verbauungen einfach eingestellt wurden. Wir wissen, daß ein Brückenbau in Kelheim, bei dem noch 89 000 DM zur Fertigstellung erforderlich wären, eingestellt wurde und daß die Oberste Baubehörde erklärte, man müsse erst eine Notbrücke bauen, weil das Geld nicht vorhanden sei. Nach meiner unmaßgeblichen Berechnung wird die Notbrücke auf 20 000 bis 22 000 DM zu stehen kommen, und dann haben wir eine Notbrücke, die eines Tages wieder beseitigt werden wird.

(Kraus: Die Berechnung der Obersten Baubehörde ist eben anders.)

— Sie haben recht; man kann diese Berechnungen manchmal nicht verstehen.

Abschließend erkläre ich zu dem gesamten Fragengebiet: Die Gewerkschaften werden mit allen Mitteln versuchen, die kommende Entwicklung irgendwie aufzuhalten. Wir sind heute bereits bestrebt, in den Betrieben die Gefahren im Interesse der Arbeitnehmer zu meistern. Wir haben das in der Vergangenheit getan und werden es auch in der Zukunft tun. Wir können Sie nur bitten: Gehen Sie mit dem notwendigen Ernst an diese Dinge heran. Die Durchführung des sozialen Wohnungsbaues und die Regelung der Frage der Arbeitslosigkeit sind die beiden Grundpfeiler,

auf denen in der Zukunft unsere Demokratie bestehen oder nicht bestehen wird. Wenn Sie Hilfe brauchen und wenn Sie mit vernünftigen Vorschlägen und Grundsätzen hervortreten, wird die Sozialdemokratische Partei bereit sein, jeden solchen vernünftigen Vorschlag, der geeignet ist, diese Gefahren zu bannen, auch zu unterstützen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

**Präsident:** Die Mitglieder des Flüchtlingsunterausschusses sollen sich nach der Sitzung zu einer kurzen Besprechung im Besezimmer einfinden.

Herr Kollege Schmid hat mir mitgeteilt, daß nachmittags um 14 Uhr der Besuch der Handwerksmesse angesetzt sei. Diejenigen Mitglieder des Hauses, die Interesse haben, sollen sich am Eingang der Messe treffen.

(Schmid Karl: Zur Geschäftsordnung!)

— Zur Geschäftsordnung hat Herr Kollege Schmid das Wort.

**Schmid Karl (CSU):** Meine Damen und Herren! Ich möchte Schluß der Debatte beantragen. Die Zeit ist schon weit vorgeschritten und bis 14 Uhr sollte noch ein kleiner Zwischenraum bleiben.

Ich bitte alle Damen und Herren, die an der Handwerksmesse Interesse haben, sich am Eingang der Ausstellung zu sammeln. Wir werden dort mit dem Messeleiter anwesend sein und den Landtag geschlossen durch die Ausstellung führen.

Darum möchte ich Schluß der Debatte beantragen.

**Präsident:** Der Antrag ist sehr schön, aber geschäftsmäßig nicht angängig. Die Bekanntgabe der einschlägigen Bestimmungen der Geschäftsordnung — hier der Voraussetzungen für einen Antrag auf Schluß der Debatte — würde uns zuviel Zeit kosten. Ich möchte die Redner fragen, wieviel Zeit jeder noch ungefähr braucht. Herr Abgeordneter Dr. Kroll wird zunächst noch 10 Minuten sprechen. Herr Abgeordneter Piehler wird wohl auch mit 10 Minuten auskommen?

(Piehler: Jawohl.)

Und Herr Abgeordneter Dr. Beck mit 5 Minuten?

(Dr. Beck: 5 Minuten!)

Dann können wir die Interpellation noch erledigen.

(Dr. Linnert: Wollen Sie bitte nicht die Änderung der Zusammensetzung des Zwischenausschusses verlesen?)

— Ich gebe folgende Änderung der Zusammensetzung des Zwischenausschusses bekannt: An die Stelle des Abgeordneten Dr. Dehler tritt als ordentliches Mitglied der Abgeordnete BezoId Otto. Das Haus ist damit einverstanden. — Ich stelle die einstimmige Zustimmung fest.

(Dr. Linnert: Sind wir noch beschlußfähig?)

— Soweit ich sehe, sind wir beschlußfähig.

(Dr. Linnert: Ich sehe es anders.)

— Doch, wir sind schon noch 91.

(Dr. Linnert: Ich glaube, das ist Hundhammerzählung. — Heiterkeit. — Kraus: Ich zweifle die Beschlußfähigkeit an.)

— Diese Bezweiflung der Beschlußfähigkeit

(Zietsch: macht Schule!)

(Präsident)

— macht Schule. Aber wir müssen trachten, daß wir in der nächsten Woche fertig werden. Blicke ein Rest übrig, wäre das sehr unangenehm. Ein Redner, der erst nächste Woche zur Interpellation sprechen würde, könnte auch nicht mehr entsprechend wirken.

(Dr. Stang: Abgesehen davon, daß wir gar nichts beschließen!)

Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Kroll! Mit Heftigkeit und Kürze! Darin liegt die Würde.

(Heiterkeit. — Dr. Vinnert: Was meinen Sie, was passiert, wenn die Redner verzichten? Da fällt nichts ein!)

Dr. Kroll (CSU): — Herr Dr. Vinnert, ich würde sehr gern verzichten — und ich verzichte auch gern auf die Wiederholung dessen, was heute bereits gesagt wurde —, aber ich muß doch in einigen wenigen Worten die Ausgangslage des Themas wiederherstellen. Sie werden mit mir den Eindruck gewonnen haben, daß diese sehr wichtige Interpellation über die Frage der Arbeitslosigkeit zwar sehr ausführlich, aber nicht immer sehr gedrängt und sehr übersichtlich behandelt wurde. Ich darf vielleicht in ganz kurzen Zügen ein Hauptproblem, um das es sich hier handelt, herausstellen: Wie war die Situation im Augenblick der Währungsreform? Die Redner haben bereits ausgeführt, daß in diesem Augenblick ein zu großer Geldstoß, und zwar von Konsumentengeld, in den Markt floß. Wir hatten damals zwei Erscheinungen: steigende Preise und freie Wirtschaft. Die Waren waren in den Schaufenstern vorhanden, so wie sie heute vorhanden sind und wie sie zur Zeit der Zwangswirtschaft nicht vorhanden waren. Trotz der steigenden Preise ging ein Aufatmen durch die Bevölkerung, daß ein sinnloser Zwang, der keine Waren mehr hervorzu bringen vermochte, endlich weggefallen war. Gleichzeitig ging aber durch die Bevölkerung der Eindruck, daß im Zuge eines scheinbaren, konjunkturellen Aufschwungs eine spekulative Preiserhöhung stattfand. Es wurde der allgemeine Wunsch laut, diese Preise möchten herabgesetzt werden, die Regierung möchte etwas tun, um diese Preise zu senken. Die Regierung Erhard hat etwas getan, sie hat die Preise gesenkt, und zwar durch Kreditrestriktionen. Als man diese einführt, zeigt sich die Rehrseite, die eben in einem gewissen Sinne in einer solchen Marktwirtschaft nicht zu verhindern ist, nämlich daß sinkende Preise zugleich mit einem gewissen Maß von Arbeitslosigkeit, mit einer gewissen Stagnation Hand in Hand zu gehen scheinen. Es tauchte nun ein neuer Ruf auf, der Ruf nach Krediten. Hierzu möchte ich sagen: Der entscheidende Fehler scheint mir der gewesen zu sein, daß im Augenblick der Währungsreform, als die Milliarden Konsumentengelder in den Markt flossen, die ausländischen Rohstoffkredite nicht bereitstanden, das heißt, daß die Produktion nicht in der Lage war, nachzukommen. Infolgedessen stieg eine erhöhte Nachfrage auf ein gleich bleibendes oder klein bleibendes Angebot; die Preise gingen hinauf. Als dann aber die Kreditrestriktionen eingeleitet wurden — ich bitte, das wiederum zu beachten —, kamen auch über den ERP-Plan allmählich die Rohstoffkredite in Gang. Ich habe mir sagen lassen, die gegenwärtige Situation ist die, daß im Augenblick noch ein beträchtlicher Millionen-

Dollarbetrag für die Ausnutzung von Rohstoffkrediten zur Verfügung steht.

Die Frage der Arbeitslosigkeit ist nicht isoliert zu betrachten. Das ist heute immer wieder ausgeführt worden. Sie ist vor allen Dingen nicht absolut zu betrachten. Denn Tatsache ist, daß die Produktivität und die Produktion im letzten Jahr ganz erheblich gestiegen sind. Ich verweise hier auf die noch nicht veröffentlichten Berichte des Instituts für Wirtschaftsforschung in München: Die Steinkohlenförderung hat gegenüber dem Vorjahr um 90 vom Hundert, die Rohstahlerzeugung um 100 vom Hundert, die Industrieproduktion um 69 vom Hundert, die Gesamtausfuhr um 195 vom Hundert und die Fertigwarenausfuhr um 180 vom Hundert zugenommen. Was uns aber bedrückt — unabhängig von aller Parteipolitik —, ist etwas ganz anderes. Ich bedauere, daß es von den Rednern nicht in aller Klarheit formuliert wurde. Uns bedrückt nämlich die ganz andere Tatsache, daß wir jetzt im Augenblick eine relative Stagnation, eine nicht voll ausgenutzte Wirtschaftskapazität haben; jeder hat doch den Eindruck, als müßte etwas geschehen, um diese Wirtschaft voll auszunutzen.

(Sehr richtig! — Zuruf des Abgeordneten Drechsel.)

— Nein, das ist ein Irrtum, sehr verehrter Freund; denn die Situation ist so, daß die Kreditrestriktionen ja von Ihnen selbst gefordert worden waren wegen der erhöhten Preise. Das waren Maßnahmen, die allgemein gefordert wurden.

(Drechsel: Man hätte sie an den Anfang stellen müssen!)

— Nein, an den Anfang hätten die Amerikaner die Rohstoffkredite stellen müssen; dann wären die Dinge anders verlaufen, dann wäre die erhöhte Nachfrage auf ein erhöhtes Angebot gestoßen. Das war nicht der Fall. Daher rühren diese Verschiebungen und Schwierigkeiten, mit denen wir es heute zu tun haben.

Dann will ich Sie noch auf etwas anderes aufmerksam machen. Nach der im Augenblick geltenden, und zwar nicht von den Deutschen, sondern darüber hinaus von den Amerikanern diktierten Bankpolitik ist es so, wie Ludwig Erhard sagt, daß Geldkapital nur aus der Ersparnisbildung oder aus dem Counterpartfund und aus Selbstfinanzierung, kurz und gut, aus bereits kursierendem Geld fließt. Wir können ohne weiteres keine Kreditausweitung vornehmen; denn wir haben eine Bankplanung, die in diesem Sinne nicht frei ist. Aber darüber hinaus streiten sich heute die Gelehrten, ob im Augenblick eine Kreditpolitik richtig ist. Ich möchte dazu erklären: Ich persönlich halte sie für richtig. Unabhängig davon, wie jetzt bei der Länderbank und bei den Landeszentralbanken die juristische Grundlage ist, stehe ich auf dem Standpunkt der nicht ganz unbekannteren angelsächsischen Keynes'schen Theorie, die in Amerika gilt und praktisch erst das ERP-Programm möglich gemacht hat, wonach bei vorhandenen Rohstoffkapazitäten — wir haben sie in Form von nicht ausgenutzten Einfuhrkrediten — eine Krediterschöpfung zur Herstellung eines neuen Gleichgewichts notwendig ist. Allerdings dürfen Sie dabei nicht übersehen, daß die strukturelle Arbeitslosigkeit der Flüchtlinge damit nicht beseitigt werden kann. Es handelt sich um eine Ausweitung bis zur Grenze der verfügbaren und nicht ausgenutzten Kapazitäten. Sie wird also mehr be-

(Dr. Kroll [CSU])

stimmt durch das, was ich einmal **Fabrikvolumen** nennen möchte, als durch das, was man **Arbeitsvolumen** nennen kann. Hier ist zweifellos eine zusätzliche Kreditausweitung empfehlenswert. Den gleichen Standpunkt vertritt nach reiflicher Überlegung das Münchner Institut für Wirtschaftsforschung. Die Dosierung muß sehr vorsichtig vorgenommen werden.

Was wir aber nicht vertragen können, ist — ich will es einmal ausführen —, die ständige Verwechslung von **Geldkapital** mit **Sachkapital**. Wenn es in der üblichen Literatur heißt, wir haben Geldmangel, kommt es nicht selten vor, daß der betreffende Gelehrte gleichzeitig — es handelt sich hier um ein Gespräch, das vor kurzer Zeit in München stattgefunden hat — erklärt: Wir haben Überkapazität in den Grundstoffindustrien oder etwas ähnliches. Kapitalmangel — das sollten sich sämtliche Herren des Parlaments jetzt einmal merken — ist grundsätzlich eine Angelegenheit des Sachkapitals. Wer dauernd Geldkapital und Sachkapital durcheinanderwürfelt, kann niemals zu einem klaren Denken in diesem Sinne kommen.

(Sehr richtig!)

Die Frage, die wir zunächst stellen müssen, lautet: Haben wir im Augenblick einen Sachkapitalmangel? Meine verehrten Zuhörer, wir haben aufs Ganze gesehen durch Demontagen usw. Verluste erlitten und haben zweifellos einen ungeheueren Sachkapitalmangel, gemessen an den Dingen, die eigentlich gesehen müßten, um eine richtige Wiederbelebung durchzuführen. Bei **absolutem Sachkapitalmangel** haben wir aber gleichzeitig, aufs Ganze gesehen, im Augenblick einen relativen **Sachkapitalüberschuß**, das heißt wir haben ungenutzte Kapazitäten da und dort, vielleicht sogar im ganzen. Es ist sehr schwer zu beurteilen. Von dem absoluten Kapitalmangel kann ich erst reden, wenn alle Kapazitäten voll ausgenutzt sind. Ich spreche immer vom Sachkapital und nicht vom Geldkapital. Es gehört nun einmal zu den Errungenschaften der modernen Nationalökonomie, daß das Geld der Wirtschaft zu dienen hat. Es ist Spiegel der Wirtschaft, es ist nicht Selbstzweck. Die Geldtheorie hat sich darauf einzustellen. Auch die Bankpraxis wird sich vielleicht in einigen Punkten ändern müssen, so wie sie sich in England und USA an die Keynes'sche Theorie angepaßt hat. Wir haben also bis zur vollen Ausschöpfung des Sachkapitals keinen Sachkapitalmangel, sondern einen relativen Geldkapitalmangel, darüber hinaus für die übrigen Aufgaben einen absoluten Sachkapitalmangel.

Es käme darauf an, jetzt erst einmal die volle Ausnutzung der Wirtschaft herbeizuführen. Man kann es einem Parlament, das ermüdet ist und stundenlangen Diskussionen hat folgen müssen, sehr schwer klarmachen, wie hier die internen Zusammenhänge laufen. Aber eines werden Sie verstehen: Solange ich nichtausgenutzte Fabrikanlagen habe, solange habe ich einfach keinen Sachkapitalmangel; denn ich könnte, wenn ich sparen und eine neue Fabrik mit dem Spargeld bauen würde, nur noch die sogenannte Überkapazität erhöhen. Ich würde also nichts besser machen. Ich muß vielmehr erst dafür sorgen, daß diese Dinge ausgeglichen werden. Erinnern Sie sich einmal an die Situation von 1932! Damals hatten wir einen Überschuß an ungenutztem Sachkapital. Leider hat die Demokratie damals gewartet,

bis ein gewisser Adolf Hitler kam, von der Geldseite her eine gewisse Inflationspritze gab und damit aus dem Sachkapital eine Produktion herausholte, mit der er aber leider keine Kulturwerte, sondern Kanonen herstellte. Wir wollen den gleichen Fehler — unabhängig von den Parteien, das hat mit Parteien nichts zu tun — nicht wiederholen. Wir müssen für die volle Ausnutzung der Wirtschaft eintreten, bis uns Engpässe zwingen, Schluß zu machen. Die Engpässe melden sich durch Preissteigerungen in den einzelnen Branchen an. Das ist eine sehr vorsichtig zu lösende, sehr kunstvolle und sehr schwierige Frage der Wirtschaftspolitik. Aber dieses Geld — und darum handelt es sich jetzt — steht nicht ohne weiteres zur Verfügung. Der Counterpart-fund ist vielleicht gar nicht ohne weiteres greifbar. Offene-Markt-Politik nach angelsächsischem System können wir nicht so einfach treiben; hier sind uns Grenzen gezogen. Ich stehe auf dem Standpunkt, man sollte trotzdem einen Vorstoß machen. Vielleicht wäre es richtig, wenn das Land Bayern ähnlich wie die Reichsbahn eine Anleihe auflegen würde — wissend, daß diese Anleihe von niemandem gekauft wird —, die es in den Tresor der Länderbank legen und deren Lombardierung sie von der Länderbank verlangen müßte.

(Staatsminister Dr. Seidel: Das ist nicht möglich!)

— Ich weiß, daß es große Schwierigkeiten macht, aber dann sagt doch: Die amerikanischen Bestimmungen hindern uns daran! Dann muß es eben anders gemacht werden. Davon lassen wir uns nicht abbringen. Die Bestimmungen sind nicht dazu da, um sie stur durchzuführen. Man könnte in gewissem Umfang Offene-Markt-Politik treiben und in sehr vorsichtig dosierter Form, wo noch ungenutzte Kapazitäten vorhanden sind, diese da und dort langsam bis zur vollen Ausnutzung führen. Ich persönlich würde es in dieser Weise versuchen und würde auf alle Fälle darauf drängen, daß die Bankbestimmungen und einschlägigen Vorschriften entweder geändert werden oder daß die Schuld an dieser Politik eindeutig jenen Mächten zugeschoben wird, die uns an einer Ausnutzung unserer Kapazität in geeigneter Weise hindern.

Dies hat mit einer sinnvollen Planung etwas zu tun. Aber, Herr Kollege Piebler, es hat gar nichts zu tun mit eurer Planwirtschaft am Schreibtisch und Reißbrett. Ich bin immer für Kreditlenkung und Planung und Rahmenplanung eingetreten, aber nur im Rahmen einer Marktwirtschaft. Auf diese kann ich nicht verzichten, weil ich sonst ebenso miserable Verhältnisse bekomme wie vor der Währungsreform.

Diese Fragen wollte ich hier einmal eindeutig behandeln. Ich wende mich gegen den Begriff Kapitalmangel so einfachhin, ohne hinzuzufügen, daß wir ungenutzte Kapazitäten haben, die nur durch einen Schuß Geldschöpfung ausgenutzt werden können. Darüber hinaus bleibt der Kapitalmangel bestehen, weil wir dank der Demontagen und aller übrigen Scheußlichkeiten der Nachkriegszeit nicht genügend Fabriken haben, um echten Investitionsbedarf zu befriedigen und echtes Produktionsvolumen auszunützen.

Ich hoffe, damit etwas gesagt zu haben, abseits jeder Parteipolitik, was im Interesse unserer gesamten Volkswirtschaft bitter notwendig ist. Ich möchte nur erklären, daß es heute auch keinem Finanzgenie möglich wäre, diese Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Das wissen Sie ge-

(Dr. Kroll [CSU])

nau so, wie wir es wissen. Millionen Menschen, die in ein Land unorganisch hineingepumpt werden, können nicht von heute auf morgen einen Arbeitsplatz finden. Diese Eingliederung wird lange Zeit dauern und wird langer Subventionierung und Unterstützung bedürfen. Aber dieser Gesichtspunkt muß unterschieden werden von der vollen Ausnutzung der vorhandenen Arbeitsplatz- und Wirtschaftskapazität bis zu ihrer letzten Grenze. Daß diese Kapazität voll genutzt wird, dafür wollen wir kraftvoll eintreten. Dies wird aber nur gehen, wenn in vielen Köpfen, und nicht nur in den deutschen, die Vorstellungen über Geld-, Bank- und Börsenwesen sich einmal erheblich ändern werden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Piehler.

**Piehler (SPD):** Meine Damen und Herren! Der Herr stellvertretende Ministerpräsident hat es als besonderen Erfolg der bisherigen Wirtschaftspolitik bezeichnet, daß es uns allen jetzt besser gehe. Dies stimmt aber nur, wenn ich bei Bayern bleibe, für einen kleinen Teil der bayerischen Bevölkerung.

(Widerspruch bei der CSU.)

Einem kleinen Teil geht es besser als vor der Währungsreform und noch einem kleineren Teil geht es sogar sehr gut. Mir ist vor kurzem ein Zeitungsartikel überandt worden mit der Bitte, ihn einmal im Landtag vorzubringen. Es handelt sich um ein Inserat aus dem „Münchener Merkur“ von Anfang Mai 1949. Dort heißt es:

Großes Gut, Luxusobjekt, möglichst mit Herrenhaus oder Schloß gegen Barzahlung zu kaufen gesucht.

Wie ist so etwas möglich? Vielleicht kümmert sich einmal der Herr Finanzminister darum, um wieviel Steuern der Betreffende den Staat betrogen hat, damit er dieses Luxusobjekt kaufen kann.

(Zuruf von der CSU: Es ist vielleicht ein Amerikaner.)

— Ich bezweifle, daß es ein Amerikaner ist; es gibt auch schon wieder genügend Deutsche, die seit der Währungsumstellung Millionäre geworden sind.

Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die von der Währungsreform betroffen worden sind und denen es jetzt viel schlechter geht als vorher. Fragen Sie unsere Invalidenrentner draußen, die Flüchtlinge, die Arbeitslosen und auch die Arbeiter, die noch niedrige Löhne haben! Fragen Sie diese Kreise, wie es ihnen jetzt geht! Ich würde den Herrn Justizminister bitten, einmal einen meiner Sprechtag zu besuchen. Ich halte nämlich schon seit Jahren in meinem Wahlbezirk Sprechtag ab, die nicht nur von den Wählern der Sozialdemokratischen Partei, sondern von allen Bevölkerungsschichten besucht werden. Ich würde genügend Reklame für diesen Tag machen und der Herr Justizminister soll sich dann einmal die Klagen anhören, die draußen vorgebracht werden.

Sodann hätte ich an den Herrn Justizminister noch eine Bitte: Er soll einmal drei Wochen vor der Wahl nicht mehr mit dem Auto, sondern mit der Eisenbahn fahren. Ich bin bestimmt der letzte, der verlangt, daß

unsere Minister die Eisenbahn benützen sollen, weil ich zu gut weiß, daß dies unmöglich ist. Jetzt vor der Wahl wäre dies aber bestimmt für den Herrn Justizminister richtig, weil er dann die wahre Stimmung der Bevölkerung kennenlernen würde. Er würde dann eine andere Anschauung darüber bekommen, ob es uns besser geht als vor der Währungsreform.

(Zuruf von der CSU: Sie können doch nicht bestreiten, daß jetzt alle mehr zu essen haben!)

Ich will nicht auf alle Sünden des Herrn Wirtschaftsdirektors Dr. Erhard eingehen; es ist schon zu viel darüber gesagt worden. Aber eines muß betont werden: Daß jetzt Ware vorhanden ist, ist nicht das Verdienst des Herrn Dr. Erhard. Dies ist ein Verdienst der Währungsumstellung, an der Herr Dr. Erhard unschuldig ist.

(Scheffbeck: Aber wenn keine Waren da wären, wäre er schuld!)

Die Schuld des Herrn Dr. Erhard ist die, daß er schon zwei oder drei Jahre vor der Währungsreform aufgefördert hat, zu horten. Wir haben deshalb nichts mehr bekommen. Kurz nach der Währungsreform war dann Ware vorhanden und ist ausgegeben worden. Hier setzt nun die Schuld des Herrn Wirtschaftsdirektors Dr. Erhard ein. Die kurz nach der Währungsreform in den Schaufenstern liegende Ware verschwand und es traten Preissteigerungen ein, weil man abwarten wollte, wie sich die Preise auswirken. Die einen wurden viel ärmer, die anderen aber durch die gehortete Ware viel reicher. Dies nur nebenbei.

(Zuruf des Abgeordneten Piehler.)

— Ja, die Abgeordneten! Hoffentlich geben die anderen Abgeordneten von ihren Diäten ebensoviel an die notleidende Bevölkerung ab wie ich.

Ich will mich rein auf Bayern beschränken und nur zur bayerischen Arbeitslosigkeit sprechen. Allgemein möchte ich bemerken: Wir haben eine bayerische Staatsregierung, die das Bonner Grundgesetz mit der Begründung abgelehnt hat, daß Bayern danach keine Selbständigkeit mehr habe. Da sollte man aber doch meinen: Eine bayerische Staatsregierung, die so stark betont, daß Bayern mehr Selbständigkeit erhalten müsse, würde sich besonders auf das Gebiet verlegen, wo die Selbständigkeit Bayerns wirklich einen Sinn hätte, das ist das Gebiet der Wirtschaftspolitik! Wenn wir schon eine bayerische Staatsregierung haben, müssen wir von ihr auch verlangen, daß sie eine bayerische Wirtschaftspolitik treibt. Bis jetzt habe ich aber das Gegenteil davon festgestellt. Mein Kollege Wilhelm hat vorhin mitgeteilt, wie es in Passau aussieht; er hat berichtet, daß dort ausländischer Graphit eingeführt worden ist, trotzdem wir genügend einheimischen Graphit haben. Wir haben festgestellt, daß Flußspat eingeführt worden ist, trotzdem wir genügend Flußspat in Bayern haben. Ich habe gestern festgestellt, daß Bestellungen auf Gußrohre nach dem Saargebiet von Gemeinden aufgegeben worden sind, die ihre Gelder aus bayerischen Steuermitteln erhalten. Wir haben festgestellt — das hat der Herr Justizminister ebenfalls gesagt — daß die Hüttenbetriebe Staatskredite, also Gelder aus bayerischen Steuermitteln erhalten, und diese bayerischen Steuergelder werden jetzt dazu verwendet, um Millionenaufträge nach dem Ruhrgebiet zu vergeben, die in Bayern ebenfalls ausgeführt werden könnten.

(Piehler [SPD])

Wenn man das alles im Norden erzählt, wird man dort nicht als Separatist oder Föderalist betrachtet, nicht verspottet und nicht bekämpft, sondern unsere Freunde im Norden halten es für eine Selbstverständlichkeit, daß wir zuerst bayerische Wirtschaftspolitik betreiben. Ich habe neulich in einem größeren Kreis norddeutscher Kollegen erzählt, daß wir von Bayern aus einen Nichtbayern zum Eisenbahnverkehrsrat nach Offenbach geschickt haben. Da haben die Kollegen gelächelt und gesagt: Das wäre bei uns unmöglich, daß so etwas vorkäme! Ich habe auch dem Herrn Wirtschaftsminister schon einmal erklärt: Arme bayerische Industrie, wenn sie in ihrem gesamten Bereich für ein so wichtiges Amt nicht einmal einen Bayern hat! Wahrscheinlich ist tatsächlich keiner vorhanden, anders kann ich es nicht verstehen. Der Mann, der dorthin geschickt wurde, hat dann zum Dank dafür Millionenaufträge nach der Ruhr vergeben, die ohne weiteres in Bayern hätten ausgeführt werden können.

(Zuruf: Was ist das für ein Mann?)

Dagegen wenden wir uns. Herr Wirtschaftsminister, es wird vielleicht etwas paradox klingen, wenn ich jetzt Ihnen und der gesamten bayerischen Staatsregierung als Sozialdemokrat und als „Zentralist“ und schließlich als angeblicher Befehlsempfänger von Hannover die Bitte unterbreite: Bayerische Staatsregierung! Betreibe zukünftig bayerische Wirtschaftspolitik!

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Beck.

Dr. Beck (SPD): Meine Damen und Herren, hohes jetzt schon leeres — Haus! Angesichts der Diskussion, die sich zum Teil auf einem außerordentlichen Niveau bewegte, wundert mich eigentlich nur ein Vorgang sehr stark, nämlich wie die CSU zwei Standpunkte gleichzeitig vertreten kann. Herr Kollege Kroll hat nach meiner Meinung berechtigten Beifall bei der Fraktion der CSU gefunden. Nun war aber die Rede von Herrn Kollegen Kroll — Sie können sie im Stenogramm noch einmal nachlesen —, was auch der Herr Wirtschaftsminister sehr gut begriffen hat, ein Angriff gegen die Erhard'sche Wirtschaftspolitik, wie er deutlicher nicht geführt werden könnte. Erhard's These lautet: Kreditschöpfung bedeutet Inflation, darum keine Kreditschöpfung! Das ist sein Argument gegen unseren Kreditschöpfungsplan für den sozialen Wohnungsbau. Was Kollege Kroll unter dem Beifall seiner Fraktion zu beweisen versucht und auch bewiesen hat, war, daß Kreditschöpfung heute eine unabdingbare Notwendigkeit ist. Vielleicht überlegen Sie sich doch ein bißchen, wie sich Ihre beiden Standpunkte vereinigen lassen. Wir werden in unserem Wahlkampf nicht viel anderes sagen, als was Herr Kollege Kroll unter Ihrem Beifall soeben ausgeführt hat. Sie werden dann erklären können, wie es kommt, daß Sie einer Politik praktisch und de facto zustimmen, in Ihrem Herzen aber offenbar eine andere Politik vertreten.

(Dr. Seidel: Sie müssen wissen, daß eine deutsche Kreditschöpfung im Augenblick nicht möglich ist.)

— Das ist nicht das Argument des Herrn Dr. Erhard, sondern es lautet: Wir wollen keine Kreditschöpfung, weil sie inflationistisch ist. Wenn Sie, Herr Wirtschafts-

minister, eine andere Auffassung in dieser Beziehung haben, so gibt es drei Auffassungen — ich nehme das dankend zur Kenntnis —, aber das Argument von Herrn Dr. Erhard lautet nicht so, sondern: Kreditschöpfung ist Inflation.

Ich muß Sie aber noch mit einem anderen Problem beschäftigen, das, glaube ich, ein gemeinsames Problem aller Parteien ist und mit Parteipolitik nichts zu tun hat. Das ist die Situation unserer Jugend. Sie wissen alle sehr gut, daß bisher alle Anstrengungen nichts gefruchtet haben, um unsere Jugendlichen in den Lehr- oder Arbeitsprozeß zu bringen. Das Problem ist derart komplex und muß von so vielen Seiten betrachtet werden, daß es unmöglich ist, das Thema in einer einstündigen oder auch zweistündigen Rede zu behandeln. Ich möchte Sie deswegen heute nur bitten, zu folgendem Vorschlag „ja“ zu sagen: Die Staatsregierung wolle gemeinsam mit dem Landtag und den sonstigen zuständigen Stellen einen Aufruf erlassen. Er allein wird nicht viel fruchten. Es gilt aber, sowohl in der Lehrlingsfrage als auch in der Jungarbeiterfrage eine ganze Reihe von ernsthaften Überlegungen anzustellen. Ich wäre bereit, einen Teil der Vorarbeit durch den Bayerischen Jugendring und das Arbeitsministerium leisten zu lassen. Meine Bitte geht dahin, bereits bis zum 1. September von seiten der einzelnen Fraktionen eine Reihe von Herren für einen Arbeitsausschuß vorzuschlagen. Haben Sie keine Angst vor einem weiteren Ausschuß! Aber es muß eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen auf ihre Zweckmäßigkeit hin geprüft werden, und dieser Ausschuß sollte dann sofort dem Parlament Vorschläge auf diesem Gebiet unterbreiten. Wir kommen sonst mit diesem Problem nicht weiter. Was abgeändert werden muß, soll in diesem Ausschuß besprochen werden. Jedemfalls aber muß eine Reihe von Maßnahmen ergriffen werden, um der Lehrlings- und Jungarbeiternot zu steuern. Das ist eine Aufgabe, die keine Partei besonders, sondern alle Parteien angeht und für die der Landtag mit die Verantwortung trägt. Er kann sie nicht einfach der Exekutive überlassen; denn der politischen und menschlichen Konsequenzen sind wir uns alle bewußt.

Darum würde ich Sie um Ihre Zustimmung bitten, daß die Staatsregierung und der Landtag mit allen beteiligten Stellen — vielleicht den Handwerkskammern, den Industrie- und Handelskammern, und was weiß ich, was alles in Frage kommt, einen Aufruf an alle Industrie-Unternehmungen erlassen, für die politische und soziale Notwendigkeit dieses Problems Verständnis zu zeigen. Darüber waren sich heute alle Parteien einig, daß im Vordergrund der Wirtschaft der Mensch zu stehen hat und nicht irgendwelche andere Zwecke und Interessen. Darum glaube ich, daß dieser Aufruf im Sinne aller Parteien läge. Ferner bitte ich um Ihre Zustimmung, daß am 1. September ein Arbeitsausschuß, kein Untersuchungsausschuß, aus allen Parteien gebildet wird, in den nicht einfach Leute hineinkommen, die einmal in einem Ausschuß sein müssen, sondern Leute, die für dieses Problem Interesse und Verstandnis haben. Dieser Ausschuß soll gemeinsam mit dem Arbeitsministerium eine Reihe von Verordnungen oder Maßnahmen erwägen, die notwendig sind, um der hier gegebenen Not zu steuern; denn daß wir etwas tun müssen, wird seitens der Staatsregierung zugegeben und seitens des Parlaments gefordert. Ich

(Dr. Beck [SPD])

möchte Sie bitten, das so schnell wie möglich zu tun, sonst kommen wir in das neue Schulentslassungsjahr, und die Schwierigkeiten des Problems steigern sich jedes Jahr.

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Stang.

**Dr. Stang (CSU):** Ich möchte feststellen: Anträge können im Anschluß an eine Interpellation nur insofern gestellt werden, als sie zum Ausdruck bringen, daß die Beantwortung der Interpellation der Meinung der Volksvertretung entspricht oder nicht entspricht. Ich bin aber dem Herrn Kollegen Dr. Beck für seine Anregung dankbar und glaube, sie könnte am besten dadurch verwirklicht werden, daß die Fraktionen untereinander zu-

sammen mit der Staatsregierung auf die Einsetzung eines solchen vorbereitenden Ausschusses hinarbeiten.

**Präsident:** Ich wollte schon vorher ausführen, daß ich die Anregung des Herrn Kollegen Dr. Beck gerne auch vom Präsidium aus zur Kenntnis nehme und daß ich sie an den Herrn Ministerpräsidenten weitergeben werde. Die Fraktionen können bis zum September unter sich diesen Arbeitsausschuß bilden, der die Probleme aufgreift. Eines förmlichen Antrags dazu bedarf es nicht.

Die Aussprache über die Interpellation ist geschlossen. Die Dispositionen für die nächste Woche sind getroffen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 12 Uhr 50 Minuten.)

